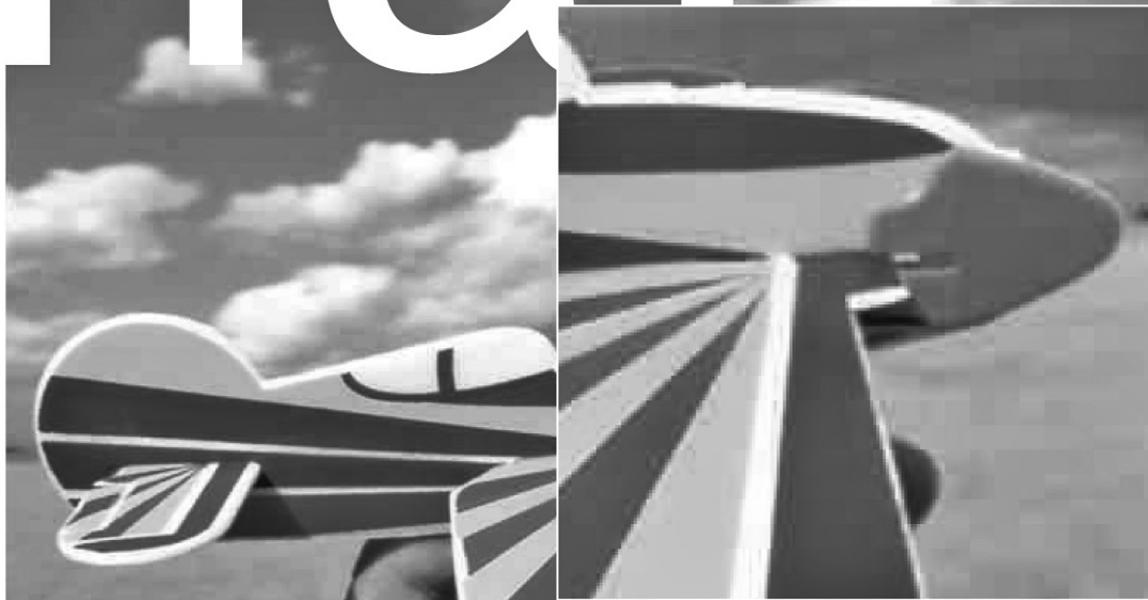


www.agentur-spezial.de

transpari

ganz nah



transpari – die transparente Bürgerstiftung
im Paritätischen Niedersachsen

Gandhistrasse 5A
30559 Hannover

Telefon 05 11/52 486 393
Telefax 05 11/52 486 333

www.transpari.de

am Alltag
am Leben
am Menschen

Soziale Projekte fördern – Spendenkonto 7 4102 00

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 251 205 10

Deutschland im Herbst

Wirtschaftskrise, Ausgabenwachstum, alternde Bevölkerung:

Sprengstoff für die Finanzierung der Sozialsysteme

Gebannt blickte in den letzten Wochen die Republik nach Berlin, wo im Rahmen der Koalitionsverhandlungen die Weichen für die politische Entwicklung, zu mindestens in den nächsten vier Jahren, gestellt wurden. Obwohl jedem Beobachter klar ist, dass aufgrund der stark gestiegenen Staatsschulden, die durch die Finanzierung der Auffangschirme für wenig solide wirtschaftende Banken und durch die Konjunkturpakete entstanden sind, nur wenig Spielraum vorhanden ist, versprechen die Koalitionspolitiker Steuersenkungen, ein steigendes Kindergeld und eine solide Haushaltsführung.

Wie werden die Sozialsysteme künftig finanziert?

Sie erklären aber nicht, wie die erforderlichen Einsparungen erfolgen sollen. An die Sozialsysteme, einschließlich des Kündigungsschutzes, so die Kanzlerin und andere Politiker, wolle man ja nicht heran. Dafür werden dies aber wohl die Karlsruher Verfassungsrichter tun: In der mündlichen Verhandlung über die Höhe der Hartz-IV-Sätze wurde deutlich, dass die bisherige Verfahrensweise und die Höhe der Regelsätze für Kinder verfassungswidrig sein könnten, was dann dazu führen könnte, dass die höchsten Richter des Bundes der Bundesregierung ins Pflichtenheft schreiben, die Zusammensetzung und die Höhe der Sätze bedarfsgerecht zu verändern – allerdings mit entsprechenden Mehrkosten.

Insgesamt gesehen dürften aber die Wirtschaftskrise, das ungebremste Ausgabenwachstum und die alternde Bevölkerung künftig für erheblichen Sprengstoff bei der Finanzierung der Sozialsysteme sorgen. Bei der Arbeitslosen- und Krankenversicherung werden schon im kommenden Jahr die Probleme sichtbar. Pflege und Rente folgen mit Zeitverzögerung, ohne dass die Politik erkennbare Maßnahmen ergreift oder doch wenigstens den Bürgern reinen Wein einschenkt.

Diese Gemengelage wirkt umso bedrohlicher, je genauer man sich das Wahlergebnis anschaut: Fast jeder dritte Bundesbür-

ger machte nicht von seinem Grundrecht Gebrauch, wählen zu gehen. So hat bei Berücksichtigung aller Wahlberechtigten nur jeder fünfte Wahlberechtigte die CDU/CSU und nur jeder sechste die SPD gewählt. Geht man noch einen

Schritt weiter und vergleicht die Quote der Nichtwähler mit der Armutsquote, zeigen sich sehr bedenkliche Parallelen zwischen der Höhe des Nichtwähleranteils und der Armutsquote.

Blick auf politische und gesellschaftliche Teilhabe lenken

Da wäre es eine gute Idee, sich im Rahmen des europäischen Jahres zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung 2010 auch mit dem Thema der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe zu befassen. Um so bedauerlicher ist dann aber, dass insgesamt durch die Bundesregierung und die EU-Kommission nur 1,25 Millionen Euro für Projekte zur Verfügung gestellt werden.

In dieser, dem Herbst entsprechenden eher dunklen und trüben Jahreszeit versucht der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen durch seinen Zukunftskongress in Hannover ein wenig Licht ins Dunkel zu werfen und Ansätze für die Entwicklung der Wohlfahrtsverbände im Allgemeinen aber auch des Ehrenamtes und der Jugendhilfe im Besonderen zu diskutieren. Ich freue mich – nicht nur anlässlich des Zukunftskongresses – auf intensive, sicherlich teilweise auch kontroverse und lebhaft Diskussionen mit Ihnen!

Herzlichst, Ihr



Sebastian Böstel,
Vorstand

Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e. V.
Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-0
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

Vorstand

Cornelia Rundt
Sebastian Böstel

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 25120510 - Konto-Nr. 7449500

Verantwortlich für den Inhalt

Sebastian Böstel (Vorstand)

Redaktion

Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0511 52486-353
Redaktionsbüro Bruno Brauer
E-Mail presse@paritaetischer.de

Druck

Benatzky Druck und Medien GmbH,
Hannover

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint fünfmal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

60 Jahre Richtung Zukunft

Bildband zum Jubiläum des

Paritätischen Niedersachsen

Am 20. November wird der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. sein 60-jähriges Jubiläum begehen. Zu diesem Anlass



hat der Verband einen Jubiläumsbildband aufgelegt: Sehr persönliche Momentaufnahmen, darunter erstmals veröffentlichte Fotos, spiegeln auf fast 70 Seiten das außergewöhnliche soziale Engagement des Verbands wider und reflektieren auf beeindruckende Weise sechs Jahrzehnte Verbandsgeschichte. Der Bildband mit dem Titel „60 Jahre Richtung Zukunft“ wird zur Jubiläumsveranstaltung ausliegen und kann danach telefonisch bei Frau Rode unter 0511 52486-362 bestellt werden.

Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen:

- Anschrift,
- Telefonnummer,
- Faxnummer,
- E-Mailadresse,
- Wechsel Vorstand,
- Wechsel Geschäftsführung,
- Name/Rechtsform.

Ihrer Organisation. Senden Sie bitte aktualisierte Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Timea Kovac, Tel. 0511 52486-323, Fax 0511-52486-333, E-Mail timea.kovac@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter /innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen

Ausgabe 4-09

Editorial	3	Lebenshilfe Celle eröffnet „Hotel Am Kloster“	41
Impressum	4	Celle: Heidrun Voß wechselt zur Lebenshilfe	42
Einer für alle(s)		Weihnachtsmarken 2009	43
Fachtagung zur Situation der Frauenhäuser:		Cuxhaven: Lebenshilfe eröffnet CAP-Markt	44
Emanzipation ist kein Schutz	6	Göttingen: Frauen-Notruf beginnt Pilotprojekt für traumatisierte Kinder und Jugendliche	45
Podiumsdiskussion: „Weniger Geld – weniger Personal – weniger Opfer!“	9	Amelinghausen: SOS-Hof Bockum eröffnet Tischlerei	46
Studie zur Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung ...	10	Berufsbildende Schule des Albert-Schweitzer- Familienwerks zertifiziert	47
Podiumsdiskussion: Selbsthilfe im Wandel	12	Wolfsburg: Berufsfeuerwehr bildet Beschäftigte der Lebenshilfe zu Brandschutzhelfern aus	48
Erste eigenständige Fachtagung der Suchtselbsthilfe	14	EDV-gestützte Dokumentation in der sozialpsychiatrischen Betreuung	50
Fachtagung zum Persönlichen Budget	15	Neuer Internetauftritt des Betreuungsvereins Lüneburg	52
Führungswechsel: Landesverband des Paritätischen unter neuer Leitung	16	Göttingen: Brigitta „Gitta“ Helbling gestorben	53
Günter Famulla in den Ruhestand verabschiedet	17	Ehrungen	53
Interview mit Sebastian Böstel, neuer Vorstand des Paritätischen Niedersachsen e.V.	18	Mit der Glückspilz-Lotterie gewinnen und helfen	54
50 Jahre Paritätischer Kreisverband Wolfsburg	20	Urteil: Mindesturlaub bleibt bei krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit bestehen	55
50 Jahre Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind e.V. in Hannover	22	Service	
20 Jahre Vereins Treffpunkt e.V. in Gillersheim	22	Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen ...	56
30 Jahre Kreisverband Legasthenie Lüneburger Heide e.V.	23	Fachbereiche des Paritätischen	57
Verbandsspitze zu Arbeitsbesuch in Russland	24	Arbeitskreise des Paritätischen	58
DSB-Bundeskongress 2009 in Hannover	26	Mitglieder des Verbandsrats	59
Stellungnahme des DSB zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 11. Juni 2009	27	Verbandsadressen	59
Sexarbeit – eine Erwerbstätigkeit wie andere auch	29		
17. Internationalen Jugendbegegnung in Polen	32		
Studentenwerk Göttingen eröffnet Kinderkrippe	33		
20 Jahre Paritätische Kindertagesstätte Hägewiesen in Hannover	34		
Delegation des Paritätischen Landverbandes besucht polnische Partnerorganisation	35		
Neue Paritätische Bewegungs-Kindertagesstätte „Purzelbaum“ in Salzgitter-Lebenstedt	36		
Abschlusspräsentation der „U.Play Music and Dance Tour 2009“ im MusikZentrum Hannover	39		
Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann besucht Kinderhaus der Lebenshilfe in Verden	40		

Emanzipation ist kein Schutz vor häuslicher Gewalt

Fachtagung „Weniger Geld – weniger Personal – weniger Opfer?!“

zur Situation der Frauenhäuser und Frauengewaltberatungsstellen

Als unverzichtbare Bestandteile des Gewaltschutzes bezeichnete **Cornelia Rundt**, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, Schutz- und Beratungseinrichtungen für Frauen. „Wir wissen, dass häusliche Gewalt gegen Frauen nach wie vor ausgeübt wird“, unterstrich Rundt in ihrer Eröffnungsrede zu der vom Paritätischen Niedersachsen organisierten frauenpolitischen Fachveranstaltung „Weniger Geld – weniger Personal – weniger Opfer?“.

Den Auftakt der von **Andrea Zerath**, Fachberaterin für Frauen und Familie im Paritätischen Niedersachsen, moderierten Veranstaltung bildete das Referat von **Dr. Monika Schröttle**, Mitautorin der Studie „Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften“. Einer der Kernsätze der Studie: „Jede vierte Frau hat in ihrem Leben mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Übergriffe durch den Partner erlebt“. Detailliert berichtete die Wissenschaftlerin über Muster, Risikofaktoren und Folgen erlebter Gewalt. Die Studie habe wertvolle und zum Teil überraschende Erkenntnisse geliefert, erklärte Schröttle. So habe sich gezeigt, dass der soziale Status als Risikofaktor, Opfer schwerer Gewalt zu werden, nur bedingt einschlägig ist. Die Personengruppen, die sehr häufig zu den Opfern von Gewalt in besonderen Schweregraden gehören, sind zum einen junge Frauen, die über stärkende Ressourcen wie Bildung und soziale Netzwerke so gut wie gar nicht

verfügen, zum anderen seien überraschenderweise auch Frauen über 45 Jahre mit einem guten Einkommen und einem hohen Sozialstatus verstärkt gefährdet. Diese Frauen seien auch häufiger Formen von lang anhaltender psychischer Gewalt ausgesetzt. Schröttle machte deutlich, dass sich hier ein neues Tabufeld offenbare. Diese Opfer – erwachsen, beruflich erfolgreich, gut ausgebildet – seien besonders wenig im Blick der Öffentlichkeit, weil ihre Gewalterfahrungen dem Bild der modernen Frau gerade widersprechen. Möglicherweise liege in diesem Tabu ein Grund dafür, dass diese Frauen Beratungs- und Schutzeinrichtungen weniger in Anspruch nehmen würden.

Jede vierte Frau erlebt häusliche Gewalt

Zu den Erkenntnissen der Studie zählt darüber hinaus, dass Gewalt gegen Frauen in Beziehungen mit einem sehr stark tradierten Rollenverständnis ebenso stattfindet wie in Beziehungen, in denen die Gleichstellung beider Partner ausgeprägt ist. Die Errungenschaften der Emanzipation bieten demnach Frauen keinen vollständigen Schutz vor häuslicher Gewalt – hier bedarf es der Partner, die ihre Frauen weder schlagen noch anderweitig zu Übergriffen neigen. Zu denen, die es tun, gehören in der Mehrheit – und auch dies widerspricht einem gewissen Klischee – in Arbeitsverhältnissen stehende Männer mit mittlerem bis hohem Einkommen ohne Migra-

tionshintergrund. Dagegen, so betonte Schröttle, sei das Risiko, zu Tätern oder auch Opfern von Gewalt im Erwachsenenleben zu werden, am höchsten nach Gewaltvererfahrungen in der Kindheit. Frauen aus Gewaltbeziehungen herauszuhelfen, dies sei nicht nur akute Hilfe, sondern auch Präventionsarbeit in Bezug auf die in der Familie lebenden Kinder, so Schröttle. „Es muss ganz klar sein, dass auch die Kinder geschützt werden und die Gesellschaft hier Verantwortung übernimmt“, appelliert Schröttle an die Zuhörerinnen. Die Bielefelder Sozialwissenschaftlerin weiter: „Besonders wichtig ist die Unterstützung für die Frauen dann, wenn sie sich aus einer gewalttätigen Partnerschaft gelöst haben.“ Es müsse gelingen, so Schröttle, die Frauen, die den ersten Schritt gewagt haben, so zu stabilisieren, dass sie den zweiten und dritten ebenfalls schaffen können. „Diese Unterstützungs- und Präventionsarbeit“, resümierte die Wissenschaftlerin, „ist kein Luxus für wirtschaftlich gute Zeiten, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit.“

Detaillierte Informationen über die durch die Arbeit von Frauenberatungsstellen und Frauenschutzhäusern entstehenden Kosten lieferte **Viktoria Nawrath**, Geschäftsführerin der Frauenhauskoordination e. V., Frankfurt am Main. Nawrath zeigte, wie die Finanzierung in den einzelnen Bundesländern geregelt ist. In ihrem Beitrag „Überlegungen zu verlässlichen Finanzierungskonzepten für Frau-



Vertreterinnen von Frauenhäusern und Politik hören den Referentinnen interessiert zu.

enhäuser“ stellte sie die in weiten Teilen unbefriedigenden Finanzierungsmodelle vor. Die in einigen Bundesländern praktizierte Tagesatzfinanzierung habe erhebliche Nachteile, so Nawrath. Zum einen würden bestimmte Kosten der Häuser zum Beispiel für Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit nicht berücksichtigt. Zum anderen ergebe sich ein hohes Ausfallrisiko durch fehlende Ansprüche gegen die einschlägigen Leistungsträger oder durch schlechte Durchsetzbarkeit bestehender Ansprüche. Nawrath plädierte daher dafür, bundeseinheitliche Regelungen zu prüfen beziehungsweise Regelungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu verabreden. Eine ausreichende Finanzierung aus einer Hand sei ebenso gefordert wie die Garantie der überregionalen Zugänglichkeit der Schutzhäuser. Der hohe bürokratische Aufwand, der sich aus der jetzigen Finanzierungssituation ergibt, müsse beseitigt werden. Noch besser wäre es nach Überzeugung Nawraths, eine Gesamtfinanzierungsstruktur für Frauenhäuser

und die kooperierenden Angebote zu schaffen, um Konkurrenz um öffentliche Mittel zu vermeiden.

Victoria Nawrath lenkte den Blick insbesondere auf die Häuser, die sich über einen prozentual recht hohen Eigenanteil finanzieren und machte klar, dass dieser Eigenanteil im Wesentlichen aus Spenden und Bußgeldern bestehe. Auf solch unsichere Geldzuflüsse angewiesen zu sein, sorge in den Einrichtungen für einen eklatanten Mangel an Planungssicherheit und wirke sich als Nachteil für die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen aus, so Nawrath.

Auf den Fachkräften lastet ein enormer Erwartungsdruck

Mit der Frage, unter welchen Bedingungen Frauen in Frauenhäusern arbeiten, setzte sich das Referat von **Petra Baumgärtner** aus dem Frauenhaus Bad Kreuznach auseinander. Zur Verdeutlichung stellte Baumgärtner das Selbstverständnis von Frauenhäusern den an die Einrichtungen gestellten Erwartungen der Schutzsuchenden und

der kooperierenden Institutionen gegenüber. Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern bieten Schutz und Unterstützung für Frauen und Kinder in akuten Krisensituationen und sind bestrebt, langfristig ein gewaltfreies Beziehungsleben zu etablieren.

Auf den Mitarbeiterinnen laste ein unglaublicher Erwartungsdruck, so Petra Baumgärtner. Gleichzeitig stünden die Fachkräfte nicht selten zwischen sich gänzlich widersprechenden Interessen. Mit Blick auf das Referat von Monika Schröttle bemerkt die Frauenhausleiterin, dass zwar der Anteil der Frauen aus niedrigeren Einkommens- oder/und Bildungsschichten unter den Opfern häuslicher Gewalt im Allgemeinen nicht dominiere, in Frauenhäusern überwiege diese Klientel jedoch deutlich. Gerade diese Frauen mit hohem Unterstützungsbedarf haben bei der Suche nach Schutz vor häuslicher Gewalt kaum Alternativen zum Frauenhaus. Daraus folge, dass das Frauenhauspersonal auch Problemlagen wie Armut und Überschuldung, Arbeits- und Ausbildungslo-

sigkeit, unsicherer Aufenthaltsstatus, unzureichende Deutschkenntnisse, psychiatrische Krankheitsbilder oder fehlender Krankenversicherungsschutz in der Beratung und Begleitung zu bewältigen habe. Auch die im Zusammenhang mit Gewalterfahrungen entstandenen gesundheitlichen Probleme wie psychosomatische Erkrankungen, Depressionen, Panikattacken oder Suchtprobleme seien im Blick zu behalten. Baumgärtner führte Statistiken an, denen zufolge sich die Frauenhausklientel immer mehr zu den marginalisierten Frauen hin verschoben habe. Durch die Einführung des SGB II und eine stärkere Sensibilisierung für das Thema Kindeswohlgefährdung seien zusätzlich erhöhte Anforderungen an die Beratungsleistung der Mitarbeiterinnen gestellt worden.

Die Aufgaben erfordern bessere Arbeitsbedingungen

Aus diesen Ausführungen zog Baumgärtner den sehr gut nachvollziehbaren Schluss, dass sich die Begleitung der Opfer häuslicher Gewalt in Frauenhäusern nicht realistisch auf Hilfe zur Selbsthilfe beschränken könne. Die personalintensiven Betreuungsleistungen erforderten hohe fachliche und interdisziplinäre Kompetenzen. Um diese zu leisten, bräuchten die Mitarbeiterinnen, so Baumgärtner, andere Arbeitsbedingungen als die derzeit vorfindbaren. Es erfordere finanziell sichere Arbeitsplätze, einen angemessenen Betreuungsschlüssel sowie die Finanzierung von Supervision, Fort- und Zusatzausbildungen, um Fachkräfte zu finden und zu halten, die diese Arbeit längerfristig in guter Qualität erbringen könnten. Die Personaldecke müsse nicht nur die fachlich wichtige Mitarbeit in relevanten Netzwerken erlauben, sondern zu-

sätzlich gewährleisten, dass Mitarbeiterinnen zu zweit im Dienst seien. Die Häuser benötigten Personal für Verwaltung und Hauswirtschaft ebenso wie angemessene Räumlichkeiten und Ausstattungen sowie regelmäßige Instandsetzungen. Von all diesen Bedingungen – so die Kritik des beeindruckenden Vortrags – seien die Frauenhäuser 2009 in Niedersachsen, wie in der restlichen Bundesrepublik, himmelweit entfernt.

Individualisierung sozialer Probleme kann gefährlich sein

Eine mögliche Begründung für die mangelhafte Finanzierung sowohl von Gewaltberatung als auch der Schutzhäuser liefert **Dr. Sabine Scheffler** in der Einleitung ihres Vortrages unter dem Titel „Beratung kann mehr“. Schefflers These: Im Zeitalter der Wahlbiographien würden soziale Problemlagen nicht mehr als gesellschaftlich-strukturell verursacht wahrgenommen, sondern personifiziert. Womit es der Gesellschaft, so die Folgerung Schefflers, auch leichtfalle, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Man habe in Monika Schröttles Vortrag erfahren, wie viel Geld häusliche Gewalt die Gesellschaft koste, „sie würde uns weniger kosten, wenn wir bessere Beratung finanzieren würden“, betonte Sabine Scheffler.

Die Personifizierung und Individualisierung von Krisen habe laut Scheffler auch eine Verschiebung der Sicht auf Beratung zur Folge. Scheffler: „Beratung ist eben nicht die kleine Schwester der Psychotherapie.“ Deren Ziel sei die Heilung, das Ziel von Beratung sei die Selbstermächtigung. Zu oft stehe der Krankheitswert der Symptome, die Opfer familiärer Gewalt zeigten, im Vordergrund. Dies

aber sei zu hinterfragen. Könne es nicht sein, so fragte die Wissenschaftlerin, dass auch schwere Symptome eine normale Reaktion auf anormale Zustände seien? Scheffler warnte davor, dass zu starke Individualisierung und Pathologisierung nicht nur zur Marginalisierung von Beratungsarbeit zugunsten therapeutischer Methoden führe, sondern auch den Blick auf gesellschaftliche Bedingungen für die Entstehung und Wiederholung von Gewalt gegen Frauen verdecke. Bestätigt findet die Kölner Wissenschaftlerin ihren Standpunkt nach eigener Einschätzung in den Ergebnissen einer durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebenen Studie zur Entstehung „neuer Verdeckungszusammenhänge“ bei häuslicher Gewalt. Es sei von jeher Aufgabe von Frauen- und Gewaltberatungsstellen gewesen, gemeinsam mit den Klientinnen soziales Kapital zu erarbeiten, welches sie befähige, sich Gewaltstrukturen erfolgreich zu widersetzen, so Scheffler.

Sabine Scheffler schloss mit einem Appell: „Evaluation und die Beteiligung an der Effektivitätsforschung ist so wichtig, um die Wirksamkeit Ihrer Arbeit auch präsentieren zu können.“ Viele Praktikerinnen halte nach Überzeugung Schefflers nicht Desinteresse, sondern das enge Korsett aus Personalmangel, Unterfinanzierung und hohen Anforderungen an ihre Tätigkeit von der Teilnahme an solchen Forschungsvorhaben ab.

Das Fazit der Fachtagung: Dieser unrühmliche Zustand, so die einhellige Meinung der Teilnehmerinnen, müsse dringend behoben werden. □

Steffi Becker
Referat Europa und Soziales

„Weniger Geld – weniger Personal – weniger Opfer?!“

Podiumsdiskussion zur Fachtagung

Eine Podiumsdiskussion unter Einbeziehung von Landespolitik, Verwaltung und Praxis bildete den Abschluss der Fachtagung „Weniger Geld – weniger Personal – weniger Opfer?!“. Die sozialpolitischen Vertreterinnen der Landtagsfraktionen, wie auch Hedwig Ratering, für Frauenhäuser zuständige Abteilungsleiterin im Sozialministerium, brachten in der Diskussion ihre Anerkennung der wichtigen und von hohen Anforderungen gekennzeichneten Arbeit der Mitarbeiterinnen in den Gewaltberatungsstellen und Frauenhäusern zum Ausdruck.

Einig war man sich, dass es keine einvernehmliche Antwort auf die Frage der Weiterfinanzierung der Einrichtungen gebe. In diesem Punkt lagen die Vorstellungen der Teilnehmerinnen auseinander. Vorstandsmitglied Cornelia Rundt, welche die Moderation des Podiums übernommen hatte, sprach die auslaufende Übergangsregelung und das Inkrafttreten der neuen Förderrichtlinie ab 1. Januar 2010 an. Für einige Einrichtungen würden sich dadurch mitunter Fördereinbußen im fünfstelligen Bereich ergeben, so Rundt.

Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Heidi Mundlos betonte, dass die CDU dieses Problem in den Haushaltsberatungen „verantwortungsvoll und in vollem Problembewusstsein handhaben“ werde. Eine Notwendigkeit, die mit Beginn nächsten Jahres flä-



Beim Thema Finanzierung gab es auf dem Podium der Tagung unterschiedliche Meinungen.

chendeckend wirkende Richtlinie zurückzunehmen und abzuändern, sah Mundlos hingegen nicht. Erst einmal, so Hedwig Ratering, Abteilungsleiterin im niedersächsischen Sozialministerium, sollten Erfahrungen mit dieser Regelung gesammelt werden.

Sowohl Hedwig Ratering als auch Heidi Mundlos zeigten sich überzeugt, dass eine kostendeckende Förderung auch für die Zukunft nicht in Erwägung zu ziehen sei. Das Bemühen um Ko-Finanzierung und Eigenmittel müsse von den Einrichtungen verlangt werden. Von anderen Teilnehmerinnen der Podiumsdiskussion wurde kritisch angemerkt, dass die Zeit für Fundraising und Fördermittelakquise von der originären Beratungsarbeitszeit abginge und damit zulasten der Betroffenen geleistet würde.

Ulla Groskurt (SPD) und Elke Twesten (Grüne), waren sich einig, dass Frauenhäuser und –gewaltberatungsstellen geschützt und ihr Bestand gesichert werden müsse. Ob hier aber das Land in der Pflicht sei

oder der Bund, darüber herrschte Uneinigkeit. Monne Kühn, Mitarbeiterin im Frauen- und Kinderhaus Uelzen, ergänzte die Diskussion um die Frage, auf welche Weise über eine Weiterfinanzierung entschieden werde solle. „Kalkulieren Sie nicht über unsere Köpfe, beteiligen Sie uns an der Diskussion!“, appellierte sie. Die Beraterinnen und ihre Verbände würden schließlich die Bedarfe und die Fallstricke der verschiedenen Finanzierungsmodelle aus ihrer Erfahrung am besten kennen, so Kühn.

Cornelia Rundt wies darauf hin, dass auch die Mittel für mögliche Zusatzfinanzierungen begrenzt seien. Dies gelte besonders, wenn man bedenke, dass neben den Frauenhäusern zahlreiche andere Einrichtungen um Fördermittel von Kommunen, Stiftungen, Unternehmen oder Privatleuten werben. Mit Blick auf die neue Förderrichtlinie sagte Rundt: „Ein Vorbild in der Sicherung guter sozialer Arbeit wird Niedersachsen mit dieser Idee ganz offensichtlich nicht.“

Strategische Bedeutung in den Blick nehmen

Studie zur Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung

auf Fachtagung vorgestellt

Im Jahre 2008 hat der Paritätische Gesamtverband eine Erkundungsstudie zur Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung im Paritätischen in Auftrag gegeben. Grund für die Studie war die Beobachtung, dass sich die Gestalt der Selbsthilfe gewandelt hatte, was wiederum veränderte Unterstützungsnotwendigkeiten und die Notwendigkeit von Anpassungen der Angebote des Paritätischen an die Anliegen der Selbsthilfe nach sich zieht.

Diese qualitative Ist-Analyse wurde durchgeführt von **Professor Norbert Wohlfahrt** von der Evangelischen Fachhochschule Bochum. Begleitet wurde die Studie von einem Beirat, bestehend aus Fachleuten der Landesverbände und überregionaler Mitgliedsorganisationen. In Hannover fand die erste von drei bundesweiten Fachveranstaltungen zur Selbst-

hilfe im Paritätischen statt, in deren Rahmen die Studie vorgestellt wird.

Als Basis liegen der Ist-Analyse qualitative Experteninterviews mit den Fachleuten aus den Paritätischen Landesverbänden, Vertretern von gesundheitsbezogenen Selbsthilfeorganisationen, Selbsthilfe-Kontaktstellen, sozialen Selbsthilfeorganisationen und Migrantenorganisationen zugrunde. Die Ergebnisse lassen sich in drei Blöcke gliedern: Selbsthilfekontaktstellen, Selbsthilfeorganisationen und Abgrenzung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement.

Zur Situation der Selbsthilfekontaktstellen

Eine flächendeckende Kontaktstelleninfrastruktur ist nur in wenigen Bundesländern vorhanden, wobei

die Heterogenität extrem ist. Viele Paritätische Landesverbände sind selbst Träger von Kontaktstellen, einige sind es nicht. Die personellen Standards in den Kontaktstellen sind uneinheitlich, die Obergrenze liegt meist bei einer Vollzeit- und einer halben Verwaltungsstelle.

Der weit überwiegende Anteil der von den Kontaktstellen betreuten Selbsthilfegruppen ist der Gesundheitsselfhilfe zuzurechnen, dieser Anteil wächst auch noch. Die soziale Selbsthilfe spielt demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle und hat zum Teil eigene Organisationsformen (z. B. Arbeitslosenselbsthilfe).

Es zeigt sich ein Trend zur rückläufigen Förderung durch die Länder, was jeweils mit der Krankenkassenförderung begründet wird. Das Verhältnis von Pauschalförderung und Projektförderung durch die Krankenkassen erscheint nicht transparent und wird teilweise durch Steuerungsinteressen der Krankenkassen bestimmt. Privatstiftungen und Unternehmen spielen in der Förderung so gut wie keine Rolle.

Der Gestaltwandel der Selbsthilfe äußert sich insgesamt in einer zunehmenden Professionalisierung gerade der Gesundheitsselfhilfe. Sie ist mittlerweile anerkannter Teil des Versorgungssystems mit entsprechend wachsenden Anforderungen an das Selbsthilfesystem (z. B. die Beteiligung im Gemeinsamen Bundesausschuss). Dadurch



Professor Norbert Wohlfahrt stellte die Studie der Evangelischen Fachhochschule Bochum vor.



Die Podiumsbesetzung (v.l.): Dorothea Pitschnau-Michel (Moderatorin und Vorsitzende des Fachbereichs Selbsthilfe), Verena Schiefelbein (Dt. Morbus Crohni/Colitis Ulcerosa), Almut Suchowerskyj (Dt. Diabetikerbund, LV Nds.), Prof. Stephan Wagner (Paritätische Akademie) und Prof. Norbert Wohlfahrt (ev. FH Bochum).

bedingt versteht sich die Selbsthilfe immer weniger als das „kritische Gegenüber“ des etablierten Gesundheitssystems.

Die Kontaktstellen sind ein wichtiger und stabiler Teil der Selbsthilfeunterstützung im Paritätischen. Im Umfeld der Kontaktstellen bilden sich immer wieder neue Gruppen, gegenwärtig vor allem im Bereich der psychosomatischen und der seltenen Erkrankungen. Die soziale Selbsthilfe droht angesichts des sich verstärkenden Gesundheitsbezugs weiter an den Rand gedrängt zu werden.

Selbsthilfe in Selbsthilfeorganisationen

Einige sehr große und gut organisierte Selbsthilfeorganisationen,

die sich intensiv und organisationsstark um die ihnen angeschlossenen Selbsthilfegruppen kümmern, empfinden die Kontaktstellen teilweise als Konkurrenten. Viele Selbsthilfeorganisationen leiden an Überalterung und klagen über Probleme, neue Mitglieder für ihre Gruppen zu gewinnen. Darüber hinaus bemerken sie – wie zahlreiche Vereine auch – Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Führungskräften.

Die Selbsthilfeorganisationen beurteilen die kassenartenübergreifende Pauschalförderung als positiv; allerdings wird der bürokratische Aufwand des Antragsverfahrens kritisiert.

Die fachlichen Anforderungen an die organisierten Selbsthilfeor-

ganisationen werden immer größer, zum Beispiel im Hinblick auf Fortbildung oder Patientenvertretung. Selbsthilfeorganisationen bedürfen häufiger einer Beratung in Organisationsfragen, da sie sich dort nicht befriedigend aufgestellt sehen. Teilweise wandeln sich die Selbsthilfeorganisationen weg von der reinen Selbsthilfe- und hin zur Beratungsorganisation. Damit einher geht auch eine Professionalisierung ihrer Arbeit und sogar tendenziell der Trend zum Dachverband: Verschiedentlich nehmen Selbsthilfeorganisationen auch sozialwirtschaftliche Aufgabenstellungen wahr, beispielsweise in Trägerfunktionen von Einrichtungen. Stellenweise ist ein Verlust ihrer „Graswurzelfunktion“ mit der Gefahr des Legitimationsverlustes zu verzeichnen.

Selbsthilfe im Wandel

Dialog über neue Herausforderungen auf dem Selbsthilfetag in Hannover

Der Generationenwechsel und der Einfluss des Internets stellen die Selbsthilfe vor neue Herausforderungen. Da ist es wichtig, einen starken Partner zu haben, der die Selbsthilfe unterstützt, neue Wege zu gehen und sich intensiv für ihre Belange einsetzt. Einen solchen Partner haben Selbsthilfegruppen und -organisationen im Paritätischen, betonte **Heidi Merk**, Vorsitzende des Gesamtverbands, beim Selbsthilfetag in Hannover. Der Verband setze weiterhin auf einen engen Dialog und intensive Zusammenarbeit mit der Selbsthilfe.

Gemeinsam mit dem Landesverband Niedersachsen hatte der Paritätische Gesamtverband Ende Juni Aktive aus Selbsthilfegruppen und -organisationen zum Selbsthilfetag nach Hannover eingeladen, um über neue Entwicklungen in der Selbsthilfe zu informieren und Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch zu bieten.

Eine Podiumsdiskussion machte deutlich: In der Selbsthilfe vollzieht sich ein Wandel. Langjährige Mitglieder werden immer älter, und die junge Generation geht neue Wege – wenn die vorhandenen Strukturen ihren Bedürfnissen nicht entsprechen. **Verena Schiefelbein**, Vertreterin der Selbsthilfegruppe Deutsche Morbus Crohn/Colitis ulcerosa Vereinigung (DCCV) in Hameln, illustrierte dies mit einem Beispiel

aus Hameln. Dort gründeten Jugendliche und junge Erwachsene eine eigene Gruppe, in der sich „nicht alles um die Krankheit und das Lamentieren darüber dreht, sondern in der man gemeinsame Wege sucht, wie man damit gut leben kann.“

Auch **Professor Dr. Stephan F. Wagner**, Geschäftsführer der Paritätischen Akademie, ging auf die wachsende Kluft zwischen den Generationen ein. Er hob hervor, dass sich das gesellschaftliche Verständnis von Öffentlichkeit, von Distanz und Nähe deutlich gewandelt habe. In der Welt des Web 2.0 sei allen ein schier unerschöpfliches Wissen zugänglich. Netzwerke, Foren und Newsgroups ermöglichten einen schnellen Austausch und veränderten damit auch die Situation von Selbsthilfegruppen. **Professor Norbert Wohlfahrt**, Selbsthilfeexperte an der evangelischen Fachhochschule Bochum, hält noch eine andere Entwicklung für folgenreich: Die nachrückende Generation sei viel stärker von Konkurrenzgedanken geprägt als die vorherige, betonte er. Für Solidarität bleibe da immer weniger Raum.

„Gesundheitspolitische Aufwertung“

Almut Suchowerskyj vom Deutschen Diabetikerbund beschrieb eine weitere Veränderung: Durch die gesundheitspolitische Aufwertung

sei die Selbsthilfe vom kritischen Gegenüber zum integrierten Bestandteil des Systems mit Beteiligungsrechten geworden – etwa im Gemeinsamen Bundesausschuss. Hinzu kämen Förderichtlinien, die eine klare Abgrenzung zwischen Bürgerschaftlichen Engagement und Selbsthilfe festschreiben – das führe zu einem Spagat, der in der Realität nur schwer zu bewältigen sei. Steckt die Selbsthilfe deswegen in einer Krise?

Das Resümee fiel bei der Podiumsdiskussion eindeutig aus: Von einer Krise könne nicht die Rede sein, doch es sei wichtig, sich dem Wandel zu stellen, offensiv nach Lösungen zu suchen und sich in bewährter Stärke neu zu definieren. Interessante Anhaltspunkte, wie diese Herausforderungen angegangen werden könnten, ergaben sich aus den Fachvorträgen von Akademie-Geschäftsführer Wagner und Professor Norbert Wohlfahrt. Während Stephan F. Wagner sich detailliert zur Weiterentwicklung der Selbsthilfe und ihrer Strukturen äußerte, präsentierte Wohlfahrt die Ergebnisse einer qualitativen Expertenbefragung zur „Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung im Paritätischen“, mit der ihn der Verband beauftragt hatte.

*Christine Maier
Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband
Gesamtverband*



Abteilungsleiterin Barbara Heidrich (stehend) im Gespräch mit Reiner Müller (Bundesverband Poliomyelitis e.V.) und Almut Suchowerskyj (Dt. Diabetikerbund, LV Nds.).

Abgrenzung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement

In nahezu allen Bundesländern existieren eigenständige Strukturen zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, wobei eine Verknüpfung von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe eher die Ausnahme darstellt. Die



Dorothea Pitschnau-Michel, Sprecherin des Fachbereichs Selbsthilfe im Gesundheitswesen.

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements folgt dabei anderen Logiken als die Selbsthilfeförderung und spiegelt eher den „Eventcharakter“ der politischen Förderung wider. Zwar versteht sich Selbsthilfe als Teil des bürgerschaftlichen Engagements, aber dessen Strukturen sind mit der Selbsthilfe nur wenig verknüpft.

Die Mehrzahl der Experten in den Gesprächen lehnt eine Integration von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement ab, einerseits aus fachlich-inhaltlichen Erwägungen, andererseits aber auch, weil die Förderstrukturen stark unterschiedlich sind. Die Dezentralisierung der Sozialpolitik (Föderalisierungs-/Kommunalisierungstendenzen) erzwingt einen neuen Blick auf das bürgerschaftliche Engagement. Der Trend zur Verpflichtung von bürgerschaftlichem Engagement wird generell

stärker, was sich beispielweise darin ausdrückt, dass Bürgerschaftliches Engagement als eigenes Leistungsmerkmal in Verträgen professioneller Anbieter (z. B. Pflege) verankert wird.

Zusammenfassend stellt Prof. Wohlfahrt fest, dass die allgemeine Ökonomisierung des Sozialen auch die Selbsthilfe erfasse und die Selbsthilfeorganisationen ihre strategische Bedeutung stärker in den Blick nehmen müssen. Die funktionellen Anforderungen an sie würden sich wohl noch erhöhen, so Wohlfahrt. Darüber hinaus erfordere die Professionalisierung der Selbsthilfe ein verändertes Beratungsangebot. Die Kontaktstellen dürften nicht mit weiteren neuen Aufgaben überlastet werden. □

Barbara Heidrich
Abteilungsleiterin Selbsthilfe

Neues Selbstverständnis

Erste eigenständige Fachtagung der Suchtselbsthilfe

Erstmalig führte der Fachbereich Sucht des Paritätischen Niedersachsen eine eigenständige Fachbereichstagung für die Selbsthilfegruppen durch. 35 Teilnehmer diskutierten im Haus Braunschweig, einer Einrichtung für chronisch mehrfach Abhängige, über den Stellenwert der Selbsthilfe im derzeitigen Hilfesystem und darüber, ob die Selbsthilfe in dem durchstrukturierten professionellen Hilfesystem überhaupt noch eine angemessene Rolle spielt.

Gerade der Frage nach dem Selbstverständnis der Gruppen kam besondere Bedeutung zu. Wenn es eine Krise der Suchtselbsthilfe geben sollte, dann nicht, weil sie sich überflüssig gemacht habe, sondern weil sie sich zu stark in das professionelle Hilfenetzwerk habe einbinden lassen.

Nicht nur Nachsorge ...

Die Reduzierung auf die Nachsorge werde nach Auffassung der Teilnehmer der Arbeit der Suchtselbsthilfe nicht gerecht. Suchtselbsthilfe zeichne sich dadurch aus, dass sie eine Wertegemeinschaft verkörpere, die für bestimmte Inhalte und an erster Stelle für lebenslange Abstinenz stehe. Hier grenze sie sich auch von den Leistungsträgern ab, für die die Arbeitsfähigkeit im Vordergrund stehe.

Einig war man sich, dass es für die Selbsthilfe keinen Behandlungsabschluss geben könne. In den Gruppen werde stattdessen gemein-

sam der Raum geschaffen, um die Krankheit der Suchtmittelabhängigkeit zu ertragen und zu tragen. Darum sollte es nach übereinstimmender Meinung für Kliniken und Fachstellen Sucht selbstverständlich sein, die Patienten in Selbsthilfegruppen weiter zu vermitteln, da dort die in der Therapie geschaffenen Anlagen weiter gefestigt werden könnten, auch wenn die Selbsthilfegruppen nicht therapeutisch ausgerichtet seien, sondern sich am Prinzip des gemeinsamen Lernens orientierten.



Gelungener Auftakt: die TeilnehmerInnen des 1. Suchtselbsthilfe-Fachbereichstreffens.

Eine konsequente Weitervermittlung nach erfolgreich durchlaufener Rehabilitation sei für viele Patienten der einzige Weg zu einer langfristigen Stabilisierung. Gerade die Alltagsbewältigung stelle eine besondere Herausforderung für die Suchtkranken dar.

Die Eigenverantwortung des Einzelnen sei ein Ziel, dass in der relativ kurzen Therapiephase zwar angedacht werden könne, bezogen auf die teilweise traumatischen

Erlebnisse während der Sucht und das hohe Gefährdungspotential in der Gesellschaft jedoch nur mit Stützfaktoren gelinge. Hier böten die Selbsthilfegruppen, die vom Paritätischen in Niedersachsen flächendeckend angeboten werden, den erforderlichen Raum.

... sondern ganzheitliche Hilfe

Zum Abschluss der Tagung verabredeten die TeilnehmerInnen die Erarbeitung einer Resolution, die im Frühjahr 2010 vom Fachbe-

reich Sucht verabschiedet werden soll. Mit der Resolution erhofft man sich eine Belebung der Diskussion zu diesem Thema, um die Selbsthilfe wieder als eigenständige Hilfeform ins Bewusstsein zu rufen und die Fixierung auf die rehabilitativen Bereiche wieder zurückzuführen auf eine ganzheitliche Hilfe, die den Suchtkranken nicht parzelliert sieht. □

Paul Walter Steffens
Fachberater Sucht

Nach wie vor viele Hürden Fachtagung zum Persönlichen Budget in Hannover

Menschen mit Behinderung haben seit dem 1. Januar 2008 einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf die Gewährung von Teilhabeleistungen in Form eines trägerübergreifenden Persönlichen Budgets. Da sich Menschen mit Behinderungen, Leistungsanbieter und Leistungsträger weiterhin viele Fragen zur konkreten Umsetzung, Ausgestaltung und Verbesserung des Persönlichen Budgets stellen, hat das Kompetenzzentrum Persönliches Budget des Paritätischen Gesamtverbandes in Kooperation mit dem Paritätischen Niedersachsen und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Regionalkonferenz zu diesem Thema veranstaltet. Mehr als 150 Teilnehmer informierten sich am 28. September 2009 in Hannover über die Vorteile des Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung.

Nach den Regelungen im Sozialgesetzbuch Neun (SGB IX) – „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“ – können Menschen mit Behinderungen mit gesetzlichen Hilfsansprüchen statt pauschalierter Sachleistungen ein individuell berechnetes Persönliches Budget bekommen. Mit diesem Geld werden sie in die Lage versetzt, die erforderlichen Hilfen selbst auszuwählen, deren Gestaltung mitzubestimmen und diese selbst zu bezahlen. Zwar



Podiumsdiskussion (v. l.): Jörg Schulz (Beratungsstelle, Lüneburger Assistenz e.V.), Claudia Zinke (Moderation, Paritätischer Gesamtverband), Brunhilde Schwarz (Budgetnehmerin), Klaus Lachwitz, Herbert Burger (langjähriger Vorsitzender des Landesverbandes der Lebenshilfe), Ines Henke.

bekommen Leistungsberechtigte dadurch nicht mehr Leistungen, als sie es auch sonst bekommen würden, aber die neue Leistungsform (Geldleistung) soll mehr Selbstbestimmung und bessere Teilhabe für Menschen mit Behinderung ermöglichen.

5.000 bis 10.000 Budgetnehmer soll es bundesweit geben. Genaue Zahlen kennt keiner. Auch für Niedersachsen gibt es keine Daten. Gerhard Masrek vom niedersächsischen Sozialministerium nannte die Zahl 20 beim „Budget für Arbeit“, Ines Henke vom niedersächsischen Landkreistag konnte einige Zahlen aus einzelnen Kommunen nennen (einmal fünf und einmal 30). Aber auch hier fehlte die Gesamtübersicht. Henke führte einige Gründe auf, warum das Persönliche Budget nicht mehr Akzeptanz findet. Dazu gehörten unter anderem bei den Leistungsberechtigten die Ängste vor Veränderung und Unterversorgung und die nach wie vor unklare Situation bei der Assistenz.

Klaus Lachwitz von der Bundesvereinigung der Lebenshilfe stellte das Persönliche Budget in den Kontext der UN-Behindertenrechtskonven-

tion und erläuterte den gegenwärtigen Stand der Diskussion um die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe. Auch er machte deutlich, dass das Persönliche Budget nicht bedarfsdeckend sei, wenn die Assistenz daraus bezahlt werden müsste (und vorher bei der Kalkulation nicht einbezogen wurde). Ohne Hilfe können nur sehr wenige Menschen mit Behinderung das Budget realisieren. Nach seiner Auffassung würde nur eine gesetzliche Klarstellung dieses Problem lösen.

Dass trotz aller Schwierigkeiten das Persönliche Budget möglich ist, berichteten zwei Budgetnehmer aus eigener Erfahrung. Auch vier Beratungsstellen berichteten von ihrer Arbeit vor Ort. In der abschließenden Diskussionsrunde wurde noch einmal deutlich, dass die Beratung und Unterstützung die Voraussetzung für das Persönliche Budget ist. □

Die Dokumentation der Fachtagung kann unter www.budget.paritaet.org heruntergeladen werden.

Eduard Schellenberg
Referat Betriebswirtschaft/Entgelte

Führungswechsel

Landesverband des Paritätischen unter neuer Leitung

Dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. steht seit Mitte des Jahres ein neues Führungsduo vor. Sebastian Böstel ist in den Vorstand berufen worden. Gleichzeitig wurde der langjährige Vorsitzende Günter Famulla aus seinem Amt verabschiedet. Die Aufgabenverteilung im Vorstand wurde mit dem Abschied Famullas neu geordnet. Cornelia Rundt, seit zwölf Jahren im Amt, verantwortet neuerdings den Geschäftsbereich von Günter Famulla. So bleibe nach Überzeugung des Verbandsrates die Kontinuität gewahrt. Der bisherige Geschäftsbereich von Cornelia Rundt wurde Sebastian Böstel als Vorstandsmitglied übertragen. Böstel verfügt über langjährige Erfahrung im Sozialbereich und dessen wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Förderung für alle

Günter Famulla wurde unter prominenter Beteiligung, darunter Landtagspräsident Hermann Dinkla und Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann, in den Ruhestand verabschiedet. Redner lobten Famulla als streitbaren Vertreter sozialer Gerechtigkeit, der immer wieder den Finger in die Wunde des Sozialstaats gelegt habe, wenn es um die Belange alter, kranker oder pflege- und hilfsbedürftiger Menschen gegangen sei. Die Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands und frühere niedersächsische Sozialministerin Heidi Merk hob Famullas außergewöhnliches Engagement in Osteuropa sowie sein kraftvoll kritisches Wirken in der Härtefall-



Neues Führungsduo: Cornelia Rundt und Sebastian Böstel.

kommission hervor. Günter Famulla war 30 Jahre im und für den Paritätischen Niedersachsen tätig.

Arbeit für sozialen Frieden

Cornelia Rundt und Sebastian Böstel kündigten an, der Paritätische werde auch weiterhin das Sprachrohr in Niedersachsen für Menschen bleiben, die aufgrund von Alter, Pflegebedürftigkeit, Behinderung, Diskriminierung oder Armut nicht in der

Lage seien, ihren Anspruch auf Teilhabe an der Gesellschaft einzufordern. Sie hoben die Unterstützung des Ehrenamts ebenso hervor wie ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im sozialen Bereich. Mit Blick auf die Finanzkrise stellten sie fest, dass der soziale Frieden auch zukünftig nur mit gut aufgestellten und politisch breit getragenen und unterstützten Wohlfahrtsverbänden zu realisieren sei. □

Der Lotse geht von Bord

Günter Famulla ist in den Ruhestand verabschiedet worden

Am 19. Juni 2009 ist Günter Famulla, langjähriger Chef des Paritätischen Niedersachsen e.V. und seit 1997 dessen hauptamtlicher Vorsitzender, in den Ruhestand verabschiedet worden. Rund 200 Gäste kamen zu seiner Verabschiedung ins hannoversche Congress-Centrum, darunter die niedersächsische Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann, der Präsident des niedersächsischen Landtags Hermann Dinkla, die Vorsitzenden und sozialpolitischen Sprecher der niedersächsischen Landtagsfraktionen, die Geschäftsführungen der anderen niedersächsischen Wohlfahrtsverbände und Krankenkassen und viele Weggefährtinnen und Weggefährten Famullas.

Landtagspräsident Hermann Dinkla lobte Günter Famulla als streitbaren Verfechter sozialer Gerechtigkeit. Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann ließ durchblicken, dass Famullas Engagement für benachteiligte Menschen für die Politik bisweilen auch den „Stachel im Fleisch“ bedeutet habe, denn Günter Famulla habe nie gezögert, den Finger in die Wunden des Sozialstaats zu legen, wenn er die Belange alter, pflegebedürftiger und kranker Menschen oder von Menschen mit Behinderung durch politische Beschlüsse gefährdet sah.

Heidi Merk, Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands, brachte das Engagement Günter Famullas in Osteuropa, vor allem Polen, beim Aufbau sozialer Nicht-Regierungsorganisationen, in Zusam-



Günter Famulla

menhang mit seiner Biographie: Famulla wurde 1943 in Oberschlesien geboren und erlernte zunächst die polnische Sprache. Darüber hinaus betonte Merk Famullas Einsatz und seine kraftvolle Positionierung in der niedersächsischen Härtefallkommission. Diese wie auch alle anderen Grußworte waren geprägt von Anerkennung, Respekt und Dank.

Einig waren sich alle Rednerinnen und Redner darin, dass sich mit Famulla eine Persönlichkeit aus dem „sozialen Niedersachsen“ verabschiedet, die die Grundlagen und Ideen des Sozialstaats beim Wort nahm: Maßstab und Ziel seiner Arbeit war soziale Gerechtigkeit, Subsidiarität war für ihn als Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege keine Worthülse, sondern die tatsächliche Zurückhaltung des Staates. Für ihn stand der hilfebedürftige Mensch im Zentrum und nicht dessen Verwaltung.

Alle Abschiedsworte zeugten von Wertschätzung für Günter Famulla und dessen Arbeit. Dabei wurde durchaus auch deutlich, dass diese profilierte Persönlichkeit auch ihre Ecken und Kanten hat, die zum Beispiel in Verhandlungen mit Kostenträgern dem Gegenüber das Leben nicht immer leicht machten. Den Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fiel der Abschied von ihrem langjährigen Chef schwer. Neben seinem profunden Fachwissen, das er bei Bedarf jederzeit zu teilen bereit war, schätzten sie seine Gesprächsbereitschaft, seine Verantwortungsbereitschaft und seinen Humor.

Zum Glück entschwindet Günter Famulla dem Paritätischen nicht ganz: Seit dem 1. Juli ist er einer der drei Ehrenvorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen, darüber hinaus Vorsitzender des Trägervereins des Eilenriedestifts. □

„Das Haus sturmfest machen“

Interview mit Sebastian Böstel, neuer Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V.

Was hat Sie an Ihrer neuen Aufgabe beim Paritätischen in Niedersachsen gereizt?

„Da ist natürlich die enorm große Vielschichtigkeit der fachlichen Arbeit bei einem Dachverband wie dem Paritätischen Niedersachsen. Eine Herausforderung sehe ich auch darin, mit dem Paritätischen nicht nur als Sozialanwalt für die Menschen tätig sein zu dürfen, sondern gleichzeitig als Verband täglich auch unter Beweis zu stellen, dass man die Belange der Menschen theoretisch vertreten und parallel dazu in der Praxis umsetzen kann.“

Was unterscheidet Ihre neue Tätigkeit beim Paritätischen von Ihren vorherigen beruflichen Stationen?

„Ein wesentlicher Unterschied ist die Tatsache, dass der Paritätische ein fester Bestandteil sozialpolitischer Debatten ist, und dass man als Paritätischer Landesverband Themen setzen und natürlich auch beeinflussen kann. Dieser Punkt ist für mich sehr reizvoll. Uns bleibt nicht nur die Beschwerde über Missstände, wir können darüber hinaus aktiv am politischen Gestaltungsprozess teilhaben.“

Sie vertreten rund 800 Mitgliedsorganisationen, wie schwierig ist es da, nach außen hin eine einheitliche Position zu finden?

„Das ist in der Tat eine spannende Sache. In diesem Punkt könnte mir mein ausgleichendes Wesen zu Gute kommen [lacht]. Es geht immer darum, intern einen tragfähigen Kompromiss zu finden, und diesen Standpunkt dann nach außen hin entschieden zu vertreten. Diese Standhaftigkeit bei inhaltlichen Fragen traue ich mir schon zu.“

Wo sehen Sie für die Zukunft die größten Herausforderungen für den Paritätischen?

„Ich denke, es wird deutliche Veränderungen im Sozialsystem unseres Landes geben. Krankenversicherung, Pflegeversicherung, überall dort, wo der Staat Leistungen erbringt, wird man diese Leistungen auf den Prüfstand stellen. Unsere Aufgabe ist es, den Interessen der Betroffenen in diesem schwierigen Umfeld Geltung zu verschaffen.“

Wie könnte das konkret aussehen?

„Indem wir zum Beispiel darauf achten, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht ausgehöhlt wird. Es muss sichergestellt sein, dass auch



Will die Betroffenen in den sozialpolitischen Debatten vertreten:
Sebastian Böstel.

weiterhin möglichst viele gesellschaftliche Akteure soziale Aufgaben wahrnehmen. Desweiteren gilt es, das Recht auf Teilhabe hervorzuheben. Sozial ist, was den Menschen, trotz Handicaps welcher Art auch immer, ermöglicht, grundsätzlich am Leben teilzunehmen. In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel auch das aktuelle Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu sehen, in dem es um die Ermittlung von Hartz-IV-Regelsätzen für Kinder geht.“

Wo werden Sie persönlich Ihre Schwerpunkte setzen?

„Es gilt, die Funktionen der Freien Wohlfahrtspflege gegenüber dem Staat deutlich zu machen. Die sozialen Dienste müssen in Zeiten knapper werdender finanzieller Spielräume aufrecht erhalten werden, und zwar im Sinne der Betroffenen.“

Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?

„Der Paritätische muss politisch gestalten, und zwar genauso, wie wir dies in der Vergangenheit bereits sehr erfolgreich getan haben. Bildlich gesprochen: In den Keller gehen, wenn der Hurricane kommt – das reicht nicht. Man muss vorher sein Haus sturmfest gemacht haben. Dazu müssen wir auf der politischen Bühne engagiert Themen setzen und meinungsbildend tätig sein.“

Inwieweit beeinflusst der demographische Wandel Ihre Arbeit?

„Insofern, als zum Beispiel der Fachkräftemangel bei den Mitgliedsorganisationen angekommen ist. Es wird immer schwieriger, gut ausgebildete Pflegekräfte zu finden, im Bereich der Pflegedienstleitung ist der Mangel an geeignetem Personal noch

Vita Sebastian Böstel

Bereits als Volkswirtschafts-Student in Freiburg im Breisgau engagierte sich Sebastian Böstel ehrenamtlich beim Rettungsdienst des Malteser Hilfsdienstes. 1990 verbrachte Böstel im Rahmen einer Hilfsaktion zehn Wochen im Nordwesten Rumäniens, es folgten Aufenthalte in Eritrea und Russland.

1994 organisierte Böstel für die Welthungerhilfe in Bonn die Flüchtlingshilfe in Afghanistan. Nach einem Aufbaustudium an der Ruhr-Universität Bochum (Abschluss im Studiengang „Humanitäre Hilfe“) und einer Zwischenstation in London übernahm Böstel die Kreisgeschäfts-führerstelle des Roten Kreuzes in Wesel.

Im September 2000 wechselte Böstel als Bereichsleiter zur Johanniter-Unfall-Hilfe nach Berlin, bevor er 2003 für die Johanniter als Regionalvorstand nach Wuppertal ging. Sebastian Böstel ist seit dem 1. Juli 2009 gemeinsam mit Cornelia Rundt Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V.

Sebastian Böstel ist 43 Jahre alt und verheiratet.

ausgeprägter. Zusätzlich geht die Zahl der in diesem Umfeld ehrenamtlich Tätigen zurück.“

Woran liegt das?

„Das hat unter anderem mit einem Wandel in unserer Gesellschaft zu tun. Man bindet sich ungern langfristig an eine Aufgabe, engagiert sich dafür lieber in zeitlich begrenzten Projekten.“

Kann man dem entgegenwirken?

„Man kann es zumindest versuchen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege wird im kommenden Jahr beispielsweise eine Initiative starten, die

junge Menschen für soziale Berufe interessieren soll.“

Welche Rolle wird der Paritätische in zehn Jahren spielen?

„Hoffentlich die eines einflussreichen Akteurs im sozialpolitischen Umfeld.“

Worauf freuen Sie sich im Rahmen ihrer neuen beruflichen Tätigkeit am meisten?

„Ich freue mich darauf, mit vielen interessanten Menschen ins Gespräch zu kommen und mit ihnen Lösungen zu jenen Problemen zu erarbeiten, mit denen wir in unserer Arbeit immer wieder konfrontiert sind.“ □

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:

Rubrik Presse auf www.paritaetischer.de oder
im E-Mail-Abo – schreiben Sie an presse@paritaetischer.de



Zahlreiche Gäste und Ehrengäste lauschten in Wolfsburg den Vorträgen und Grußworten.

Verlässliches Engagement ist der Rote Faden

Jubiläum: Der Paritätische Kreisverband Wolfsburg feiert mit vielen Gästen sein 50-jähriges Bestehen

Mit rund 100 Gästen aus Politik, Verwaltung, Gesundheitswesen, Industrie sowie zahlreichen Vertretern von Mitgliedsorganisationen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat Anfang September der Paritätische Wolfsburg in seinem Sozialzentrum „Hugo Bork“ sein 50-jähriges Bestehen gefeiert.

Vom Beiratsvorsitzenden Alfred Lux, AIDS-Hilfe e.V., wurden die Gäste im Paritätischen Sozialzentrum begrüßt, über die Entwicklung des heutigen Kreisverbandes

und über den Werdegang der Anzahl der Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wolfsburg informiert. Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V., hob auf die soziale Lage in Bund und Land ab und betonte die Bedeutung der Arbeit des Paritätischen mit seinen Partnern in der Vergangenheit und in der aktuellen wirtschaftlich angespannten Situation.

Bürgermeister Günter Lach überreichte Geschäftsführerin Christine Köhler-Riebau das bronze-

ne Stadtwappen und gratulierte damit zum langjährigen Bestehen des Wohlfahrtsverbandes. Martin Rath, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wolfsburg, gratulierte im Namen der mit dem Paritätischen seit Jahrzehnten kooperierenden Wohlfahrtsverbände. Er rückte dabei die Aktivitäten des Paritätischen, die umfassende ambulante Versorgung der Menschen, die Beratung der Bürgerinnen und Bürger und die Stärkung der Selbsthilfe in den Mittelpunkt seines Grußwortes.

„Allen eine glückliche Hand bei den Weichenstellungen“

„In den vergangenen Jahren waren die Aktivitäten des Paritätischen Kreisverbandes in Wolfsburg geprägt und getragen von sozialem Engagement und sozialer Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in Wolfsburg - und das sind sie auch heute.

Um dieses Engagement, den Einsatz für die Menschen, die Rat, Hilfe, Information oder Begegnung mit anderen suchen, durchführen zu können, benötigen wir damals wie heute deren Vertrauen, aber vor allem auch Partner, Netzwerke, Unterstützung und die Vertretung unserer Interessen als Wohlfahrtsverband.

Zusammen mit den zahlreichen Aktivitäten der 29 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Wolfsburg und durch die Kooperation mit vielen anderen Institutionen wird das soziale Hilfenetzwerk stetig enger geknüpft.

Ich bin froh zu wissen, dass wir hier in Wolfsburg eine stabile langjährige Zusammenarbeit zwischen dem Paritätischen und den Verantwortlichen in der Politik,

der Stadtverwaltung, den Wohlfahrtsverbänden, zahlreichen Kooperationspartnern und Unterstützern, den Mitgliedsorganisationen des Verbandes und dem Beirat des Paritätischen Kreisverbandes Wolfsburg hervorheben können.

Ihnen allen danke ich von Herzen für dieses gute Miteinander. Ganz ausdrücklich möchte ich an dieser Stelle auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Kreisverbandes für ihr stetiges Engagement danken. Ohne sie wäre unsere Arbeit überhaupt nicht durchführbar, ihr Einsatz zeichnet unsere Paritätische Wohlfahrtsarbeit aus!

Ich wünsche allen Beteiligten, dass diese Zusammenarbeit nicht nur intensiv bleibt, sondern noch enger wird, um die Zukunftsaufgaben gemeinsam bewältigen zu können. Es wird in den nächsten Jahren hier in Wolfsburg - wie anderenorts auch - darauf ankommen, das „soziale Gesicht“ der Stadt zu erhalten oder besser noch: auszuweiten. Bei der Umsetzung dieser Aufgabe möchte der Paritätische



Cornelia Rundt

mit seinen Partnern unvermindert engagiert mitarbeiten.

Ich wünsche allen an dieser Aufgabe in Wolfsburg Beteiligten und allen, die an der künftigen Gestaltung der Paritätischen Angebote mitwirken, eine glückliche Hand bei den richtigen Weichenstellungen. Gemeinsam können und werden Sie die soziale Landschaft in Wolfsburg zum Wohle der Rat- und Hilfesuchenden, zum Engagement und Mitmachen bereiten Bürgerinnen und Bürger gestalten können. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. steht heute und in der Zukunft dabei an Ihrer Seite!“

Cornelia Rundt
Vorstand,
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Geschäftsführerin Christine Köhler-Riebau stellte die Arbeitsbereiche des Paritätischen in Wolfsburg vor, die es hilfebedürftigen und ratsuchenden Menschen ermöglichen sollen, auch bei Beeinträchtigung und in schwierigen Situationen ein möglichst selbständiges Leben in den eigenen

vier Wänden leben zu können. Die Geschäftsführerin dankte ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die beeindruckende Arbeit zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger der Stadt und hob das stets verlässliche Engagement aller als „roten Faden“ der gemeinsamen Arbeit hervor.

Nach der Feierstunde nutzten viele Gäste die Gelegenheit, einen Film über die Arbeit der 29 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wolfsburg anzusehen. □

Christine Köhler-Riebau
Geschäftsführerin
Paritätisches Sozialzentrum Wolfsburg

Alles unter einem Dach

50 Jahre Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind e.V. in Hannover

Die Lebenshilfe Hannover hat Mitte August ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. Vor einem halben Jahrhundert schlossen sich in Hannover betroffene Eltern und engagierte Förderer zusammen, um Angebote für behinderte Menschen in Hannover zu schaffen. Vorstand Cornelia Rundt überbrachte die Glückwünsche des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen und würdigte die Gründergeneration der Lebenshilfe in Hannover als „Pioniere, die noch vor Schaffung des Bundessozialhilfegesetzes 1961 tätig wurden“ und „mutig Neuland betreten“ hätten.

Seit 1972 wird die Arbeit in Hannover durch die Lebenshilfe für Men-

schen mit geistiger Behinderung gGmbH fortgeführt. Durch die geschaffenen Einrichtungen und Dienste ist eine breite Angebotspalette für geistig behinderte Menschen jeden Alters entstanden. Dazu gehören unter anderem Hausfrühförderung, Kindertagesstätten, Tagesbildungsstätten, Fördergruppen, Wohnstätten, Wohngruppen und ambulant betreutes Wohnen. Die Lebenshilfe bündelt das vielfältige Angebot und bewirbt es mit dem Slogan „Alles unter einem Dach“.

Cornelia Rundt erinnerte in ihrer Festansprache daran, dass es Einrichtungen wie der Lebenshilfe auch künftig nicht an Herausforderungen mangeln werde: „Die Rahmenbedin-

gungen in der Behindertenhilfe werden sich verändern. Da sind die fachlichen Herausforderungen, die wir mit den Stichworten „UN-Konvention“ und „Inklusion“ verbinden. Da sind mögliche Änderungen des SGB XII. Ein Vorschlagspapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe aus dem Herbst 2008 hat uns schon einen Vorgeschmack auf mögliche Umwälzungen aufgezeigt.“

Angesichts der Herausforderungen wünschte Cornelia Rundt allen Anwesenden der Feierstunde einen mutigen Blick in die Zukunft und Freude an der zu leistenden Arbeit. „Es ist eine Arbeit, die sich lohnt“, so Rundt. □

Immer wieder Zeichen gesetzt

Vereins Treffpunkt e.V. in Gillersheim besteht seit 20 Jahren

Überdurchschnittliches Engagement in der Kommune und über die Region Northeim hinaus, all das zeichnet den Verein Treffpunkt e.V. in Gillersheim aus. Das 20-jährige Bestehen des Vereins bot Anlass, auf das Geleistete zurückzublicken und neue Projekte vorzustellen.

Der Verein ist in der ambulanten Betreuung von Menschen mit Behinderungen, im Mobilien Sozialen Hilfsdienst, der Sozialberatung und Gruppenarbeit, der Schulbegleitung, Kunst, Kultur und Hausaufgabenhilfe aktiv. Er ist zweifellos zu einem etablierten Teil der Sozialen Infrastruktur im Landkreis Northeim geworden.

Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, wies in ihrem Grußwort darauf hin, dass die Arbeit des Vereins seit Langem über den Landkreis Northeim hinaus wirke. „Durch Ihren Einsatz im Fachbereich Behindertenhilfe, im Paritätischen Jugendwerk, im Kreisverband Northeim und natürlich im Verbandsrat tragen Sie die Markenzeichen des Vereins – Beteiligung und Integration, Ehrenamt und Professionalität – auch in unseren Verband und in die Landespolitik“, sagte Rundt.

Seit 1991 führt der Verein Treffpunkt e.V. internationale Projekte mit gehandicapten, benachteiligten

und nicht-gehandicapten Jugendliche durch. Als „wegweisend“ bezeichnete Cornelia Rundt diesen integrativen Ansatz. Dem Verein sei es immer wieder gelungen, auch Menschen mit Problemen in der Lebensbewältigung neue Perspektiven aufzuzeigen, betonte Rundt.

In Eigeninitiative wurde erst vor Kurzem ein Tagungshaus an der Nordsee in ein barrierefreies Domizil umgebaut. Ein Zukunftsprojekt der Gillersheimer ist der Bau einer integrativen Wohnanlage im Bereich „Kleiner Horbeck“, darüber hinaus sind ein Niedrigseilgarten sowie ein barrierefreies Gemeinschaftshaus in Planung. □

Niemanden von Förderung ausschließen

„LEGI“: Kreisverband Legasthenie Lüneburger Heide e.V. feiert 30-jähriges Bestehen

Am 30. September 2009 feierte „LEGI“ Kreisverband Legasthenie Lüneburger Heide e.V. in Uelzen mit fast 100 Gästen aus Politik, Verwaltung, anderen Mitgliedsorganisationen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen 30. Geburtstag.

Nach einer Begrüßung durch die Vorstandsvorsitzende Birgit Steinbach gratulierten Otto Lukat, Bürgermeister der Stadt Uelzen, und Dr. Theodor Elster, Landrat des Landkreises Uelzen. Beide betonten die Bedeutung von LEGI in Stadt und Landkreis Uelzen und hoben deren erfolgreiche Arbeit hervor. Birgit Eckhardt, Abteilungsleiterin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V., gratulierte ebenfalls zu dem 30-jährigen Geburtstag und hob die Bedeutung der ehrenamtlich Engagierten in dem Verein hervor.

Besonders geehrt wurde die Gründerin des Kreisverbandes Legasthenie, Ingetraud Schmücke, die bereits wegen ihres außerordentlichen Engagements mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt wurde. Schmücke bekam von der Vorstandsvorsitzenden Birgit Steinbach die Ehrenmitgliedschaft des Vereins verliehen, die neben einer gerahmten Urkunde ihren Ausdruck in einem „LEGI am Bande“ fand. Ingetraud Schmücke schloss ihre sehr persönlichen Dankesworte mit einem Appell an die Politik: Eine Förderung der Kinder und Jugendlichen müsse für alle möglich sein.



Ingetraud Schmücke (links), Gründerin des Kreisverbandes, wurde von der Vorstandsvorsitzenden Birgit Steinbach für ihre außergewöhnlichen Leistungen mit einem „LEGI am Bande“ ausgezeichnet. (Foto: Norma Deneke)

Es dürfe insbesondere nicht aufgrund der Vermögensverhältnisse der Eltern und der restriktiven Bewilligungspraxis der Jugendämter bei der Bewilligung von Leistungen nach § 35a SGB VIII von der Förderung ausgeschlossen werden.

Birgit Steinbach gab einen bewegten Rückblick auf 30 Jahre Vereinsgeschichte und dankte allen Förderern des Vereins. Besondere Anerkennung sprach sie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus, bei denen sich der Vorstand mit einem kleinen Präsent bedankte.

Den Festvortrag hielt Dr. Lisa Dummer-Smoch, Studiendirektorin im Ruhestand und langjährige Vorsitzende des Bundesverbandes Legasthenie. Dummer-Smoch ist Autorin des Kieler Lese- und Rechtsschreibprogramms. Sie beschrieb plastisch,

dass Legastheniker in anderen Bereichen, wie zum Beispiel Rechnen und Naturwissenschaften oft außergewöhnliche Stärken aufweisen würden. Dadurch, dass Legastheniker aufgrund ihrer Rechtschreibschwäche häufig keine Gymnasialempfehlung erhielten, werde ihnen die Möglichkeit genommen, diese Fähigkeiten zu schulen und auszubauen. Die Erfahrung zeige, dass gerade diese Kinder häufig ausgesprochen gute Naturwissenschaftler oder Ingenieure würden, wenn sie entsprechende Förderung erhielten, so Dummer-Smoch. Sie schloss ihren Vortrag mit dem Appell, dass Schule sich auf die Stärken und Schwächen der Kinder einstellen müsse und nicht umgekehrt. □

Birgit Eckhardt
Abteilungsleiterin
Betriebswirtschaft/Recht

Deutliche Unterschiede im Sozialsystem

Verbandsspitze bei Arbeitsbesuch

von Projekten in Russland beeindruckt

Es war ein kurzer Arbeitsbesuch mit vollem Programm. Innerhalb von zwei Tagen besuchten der Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, Cornelia Rundt, und die Verbandsratsvorsitzende Ulla Klapproth zahlreiche soziale Projekte in der russischen Region Brjansk. Begleitet wurden sie von Wolf Kulawik und Norbert Raabe, die seit vielen Jahren die Kontakte zu den sozialen Einrichtungen und den verantwortlichen Mitarbeitern pflegen.

Neben Gesprächen mit politischen Repräsentanten der Gebiets- und Stadtverwaltung wur-

den zwei Universitäten, ein Krankenhaus und ein Kindergarten für gehörlose Kinder besucht. Ein Höhepunkt war eine sehr offene Diskussion mit den Mitgliedern der Assoziation Sodruschestwa (Vereinigung Zusammenarbeit) über die Förderung von freien Vereinigungen.

In Russland müssen sich soziale Organisationen bei der Ausschreibung von öffentlichen Projekten bewerben. Die Chance auf einen Zuschlag ist jedoch sehr gering. Die meisten Projekte laufen höchstens vier Jahre. Für Swetlana Awdeewa, Leiterin von

Sodruschestwa, bleibt es eine große Herausforderung, den Verwaltungsmitarbeitern der Sozialabteilungen die Bedeutung von freien Trägern zu erläutern.

In der Sozialen Universität berichteten junge Studenten über ihre Erfahrungen aus dem Praktikum bei Mitgliedsorganisationen im Raum Hameln-Pyrmont. Besonders aufgefallen war ihnen der familiäre Umgang mit den Behinderten und Jugendlichen. Auch beim Strafvollzug gehe es in Deutschland um die Korrektur menschlichen Verhaltens und die Vermittlung von Bildung, wäh-



Nach einem beeindruckenden Rundgang durch das Brjansker Gebietskinderkrankenhaus kommen (v.l.) Norbert Raabe, Paritätischer Kreisverband Hameln, Cornelia Rundt, Vorstand, Swetlana Awdeewa, Leiterin der Assoziation, Ulla Klapproth, Vorsitzende des Verbandsrats mit Chefarzt Dr. Alexander Tschislin zu einer Diskussion über das russische Gesundheitswesen zusammen.



Ulla Klapproth, Vorsitzende des Verbandsrats, (links) und Swetlana Awdeewa, Leiterin der Assoziation Sodruschestwa (Vereinigung Zusammenarbeit) in Brjansk, im Gespräch mit Michael Kalaschnikov, Vertreter des Präsidenten der russischen Föderation in der Region Brjansk.

rend in Russland der Vergeltungsgedanke im Vordergrund stehe.

Musikalische Lehrstunde im Kindergarten für Gehörlose

Viel Mühe hatten sich die Mitarbeiterinnen und Kinder des Kindergartens „Schneewittchen“ gemacht. Die Leiterin Galina Abramenkova betreut mit ihrem Team 79 gehörlose Kinder im Alter von drei bis elf Jahren. Die Besucher erhalten einen Einblick in die Arbeitsweise der Sprachvermittlung und spüren das starke Engagement der Erzieherinnen und Pädagogen.

Nach einem bunten musikalischen Programm erhielten die jungen Künstler ein Überraschungsei aus den Händen der Vorsitzenden. Wolf Kulawik, Geschäftsführer des Paritätischen in Friesland, übergab der Leiterin eine Spen-

de in Höhe von 1.000 Euro zum Kauf dringen benötigter Kopfhörer für den Sprachunterricht. Mit einem zuvor überreichten Spendenbetrag war das Schwimmbcken renoviert worden. Der Paritätische Friesland fördert diesen Kindergarten bereits seit 1997 und veranstaltet regelmäßig Bücherbasare für die Einrichtung in Brjansk.

Positive erste Reaktionen

Cornelia Rundt und Ulla Klapproth zeigten sich von den besuchten Einrichtungen und den Diskussionen mit den Mitarbeitern beeindruckt. „Wir konnten uns endlich einen persönlichen Eindruck über die Situation in Russland verschaffen. Auch wenn die Probleme in der Gesellschaft vergleichbar sind, die Unterschiede unserer Sozialsysteme ist offen-

sichtlich“, so der Vorstand des Paritätischen Niedersachsen.

Einige zarte Pflänzchen paritätischer Sozialarbeit gedeihen bereits als russische Adaption. In der Behindertenarbeit, dem Strafvollzug, der Drogenarbeit und Arbeit mit psychischen Kranken besteht ein großes Interesse der russischen Fachkräfte an Kontakten mit deutschen Einrichtungen und Kollegen.

Der Paritätische Niedersachsen wird seine Russlandarbeit nach über 18 Jahren einer kritischen Überprüfung unterziehen und gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen nach Formen konstruktiver Zusammenarbeit suchen. □

*Norbert Raabe
Geschäftsführer
Paritätischer Hameln-Pyrmont*

Nicht nur wer Ohren hat, der höret

DSB-Bundeskongress 2009

in Hannover

Erstmals seit 46 Jahren hat in Hannover ein Bundeskongress des Deutschen Schwerhörigenbundes (DSB) stattgefunden. Unter dem Motto „Nicht nur wer Ohren hat, der höret“, einem abgewandelten Bibelzitat aus dem Matthäus-Evangelium, trafen sich zahlreiche Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet zu einem dreitägigen Kongress in der niedersächsischen Landeshauptstadt. Ein Themenschwerpunkt des Treffens war die technischen Entwicklungen rund um das Cochlea-Implantat, hier informierten Fachvorträge, Workshops und Ausstellungsstände die Besucher.



Heidi Merk

Am zweiten Kongresstag diskutierte die Bundesversammlung des DSB Fragen zur verbandspolitischen Arbeit, darunter unter anderem zum Erscheinungsbild und Namenszug des DSB. DSB-Präsident Dr. Harald Seidler legte vor den Delegierten einen mündlichen Rechenschaftsbericht ab.

Neben Heidi Merk, Bundesvorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes, begrüßte auch Vorstand Cornelia Rundt die DSB-Delegierten im Namen des Paritätischen

Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen. Rundt ging in ihrem Redebeitrag auch auf die Sparbemühungen der Krankenkassen bei der Hilfsmittelversorgung ein. Rundt warnte, dass eine Fixierung allein auf den Preis der jeweiligen Hilfsmittel „eine deutliche Verschlechterung“ bei der Versorgung mit Hörhilfen nach sich ziehen könne. „Der billigste Anbieter ist meist nicht der beste, und wer Hör- und damit Lebensqualität haben will, fällt dann durchs Finanzierungsraster der Krankenkassen“, so Rundt.

Rundt erinnerte an die Anfänge des Schwerhörigenbundes. Entstanden aus einer Selbsthilfebewegung von Betroffenen, wurde der wachsende Zusammenschluss von Gleichgesinnten und Gleichbetroffenen in eine formelle Organisationsform überführt und stelle somit gewissermaßen die klassische Paritätische Mitgliedsorganisation dar, unterstrich Rundt. Rundt wünschte den Delegierten ein „Nichtnachlassen in der Aufmerksamkeit für die Belange schwerhöriger Menschen“.



Eindrücke vom Bundeskongress des Deutschen Schwerhörigenbunds am 18.09.2009 in Hannover.

Ausschreibung für Hilfsmittel birgt erhebliche Risiken

Stellungnahme des DSB zum Urteil des

Europäischen Gerichtshofes vom 11. Juni 2009

Am 11. Juni 2009 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein Urteil mit weitreichenden Folgen nicht nur für Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung, sondern auch im Hinblick auf wirtschafts-, gesundheits- und sozialpolitische Aspekte gefällt.

In dem Verfahren ging es eigentlich um orthopädische Schuhe, die nach den Bedürfnissen der betroffenen Kunden hergestellt und angepasst werden. Es ging um die Klärung folgender Fragen (stark verkürzt und sprachlich vereinfacht):

- Sind die deutschen gesetzlichen Krankenkassen als öffentliche Auftraggeber für die Anwendung der Vorschriften der Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge anzusehen?
- Ist die Lieferung orthopädischer Schuhe an Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen als „Lieferauftrag“ oder als „Dienstleistungsauftrag“ anzusehen?
- Gilt für den Fall der Dienstleistung die „Dienstleistungskonzession“ oder die „Rahmenvereinbarung“ im Sinne der Vorschriften der Richtlinie 2004/18?

Der EuGH hielt es nach eingehenden Untersuchungen für zutreffend, dass gesetzliche Krankenkassen in Deutschland als Einrichtungen des öffentlichen Rechts und damit als öffentliche Auftraggeber anzusehen sind. Der EuGH meinte, dass eine überwiegende Finanzierung durch den Staat vorliegt, wenn die Tätigkeiten der gesetzlichen Krankenkassen hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge finanziert werden. Daher müsse die Richtlinie 2004/18 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge angewendet werden, woraus folgt, dass auch bei Waren, die individuell nach den unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Kunden angefertigt wurden, nach öffentlich-rechtlichen Regeln abgerechnet werden müsse. Weiterhin sind nach Auffassung des EuGH die vertraglichen Beziehungen zwischen der jeweiligen Krankenversicherung und der beratenden und liefernden Firma als eine „Rahmenvereinbarung“ im Sinne von Art. 1 Abs. 5 der Richtlinie 2004/18 anzusehen.

Der Deutsche Schwerhörigenbund e.V. weist auf die sehr erheblichen Folgen dieses Urteils hin, mit dem die anders lautende deutsche Gesetzgebung zu Ausschreibungen im Gesundheitswesen „ausgehebelt“ werde.

Auch individuell angefertigte Hilfsmittel sollen ausgeschlossen werden, bei Überschreiten eines Schwellenwertes von 206.000 Euro nach dem europäischen Vergaberecht zwingend europaweit. Dies bewirkt, dass nur noch Hilfsmittel mit großen Stückzahlen eine Marktchance haben werden, die von den Krankenkassen möglichst kostengünstig an die Menschen mit Behinderungen abgegeben werden.

Kleine mittelständische Unternehmen kommen in den Ausschreibungen wegen zu niedriger Stückzahlen nicht zum Zuge und werden nicht überleben. Bei Hilfsmitteln, deren Hersteller nicht mehr existieren, sind Reparaturen und Ersatzteillieferungen nicht mehr gewährleistet. Unnötige Neubeschaffungen werden die unabwiesbare Folge sein, wodurch die Krankenkassen und die Betroffenen finanziell sehr erheblich belastet werden.

Sonderversorgungen und innovative Produkte, die nur in geringer Stückzahl benötigt werden, verschwinden weitgehend vom Markt, mit unabsehbaren Folgen für jene Menschen mit Behinderungen, die auf derartige Hilfsmittel-Sonderformen angewiesen sind. Der Trend zur Massenware wird bewirken, dass Forschungstätigkeit zur Verbesserung der Hilfsmittel heruntergefahren wird oder sogar ganz unterbleibt. Zusätzlich besteht die Gefahr, dass bei Ausschreibungen die wohnortnahe Hilfsmittel-Ver-



sorgung verloren geht. Den, meist älteren, Menschen mit Behinderungen wird dann zugemutet, mit längeren Fahrten zum Ausschreibungssieger fahren und den Lieferanten und Ansprechpartner ihres Vertrauens zu verlieren. Es entsteht ein Oligopol weniger großer Hersteller, was weniger Wettbewerb und auf längere Sicht die Gefahr von Kostenerhöhungen bedeutet.

Der von Ausschreibungen geförderte Trend zu Billigangeboten wird zu erheblichen zeitlichen Verringerungen bei der Hilfsmittel-Anpassung und –Nachsorge führen mit der Folge verringerter Qualität. Diese Handhabung steht nicht im Einklang mit der UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Eine nicht ausreichende Hilfsmittelversorgung wird erhebliche Folgekosten nach sich ziehen.

Beispiel Hörgeräte: Durch eine mangelhafte Hörgeräteversorgung entstehen Kommunikationsprobleme, die zur Isolation führen, welche zunächst psychische Auswirkungen auslöst, aus denen sich bei längerer Dauer und fehlender psychotherapeutischer Behandlung physische Erkrankungen entwickeln. Die entstehenden Behandlungskosten stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten für eine qualitativ gute Hörgeräteversorgung.

Insgesamt ist festzustellen, dass bei diesem Urteil zwar vermutlich juristisch einwandfreie Schlussfolgerungen aus bestehenden EU-Vorschriften gezogen wurden, leider ist diese Entscheidung aber auch realitätsfern und lebensfremd und von marktradikaler Ideologie geprägt. Wirtschafts-, gesundheits- und insbesondere sozialpolitische Folgen blieben

völlig unberücksichtigt, zudem werden die erhofften Kosteneinsparungen verfehlt.

Integration, Selbstbestimmung und Teilhabe oder gar Inklusion von Menschen mit Behinderungen wird durch die zu erwartende verschlechterte Hilfsmittelversorgung verhindert. Auch für den EuGH ist es nicht zulässig, sich über die UN-Konvention hinwegzusetzen. Sowohl die europäische als auch die nationale Politik ist aufgefordert, diesen Rechtsbruch zu verhindern und statt dessen dafür zu sorgen, dass dieses Urteil in Deutschland nicht umgesetzt und auf europäischer Ebene zurückgenommen wird, indem die dem Urteil zugrunde liegenden Verordnungen der EU entsprechend geändert werden. □

Rolf Erdmann
Deutscher Schwerhörigenbund e.V.

Sexarbeit – eine Erwerbstätigkeit wie andere auch

Die Arbeit von Prostituierten muss in einem rechtlich klar definierten Rahmen stattfinden

Prostitution ist ein Teil unserer Kultur. Sie existiert in allen Ländern der Erde, legal oder illegal, missachtet oder wertgeschätzt. Nicht die Tatsache der Prostitution unterscheidet die Kulturen, sondern die Art, wie mit ihr umgegangen wird.

In Deutschland galt Prostitution über lange Zeit als sittenwidrig und wurde mit „Unzucht“, Kriminalität und Gewalt assoziiert. Grund genug für den Gesetzgeber, nur repressiv tätig zu werden. Prostitution wurde im Niemandsland der nicht durchgesetzten Verbote ausgeübt. Die Haltung des Gesetzgebers änderte sich erst, als das Verwaltungsgericht Berlin im Dezember 2000 in einem Aufsehen erregenden Urteil zum Widerruf einer Gaststättenerlaubnis ein gewandeltes sozialetisches Verständnis in der Bevölkerung feststellte und entschied, dass Prostitution im Sinne des Ordnungsrechts nicht mehr als sittenwidrig anzusehen sei.

Das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten ist am 1. Januar 2002 in Kraft getreten. Anders als landläufig angenommen regelt es nicht die Zulässigkeit sexueller Dienstleistungen oder die von Bordellen. Das Prostitutionsgesetz trifft vielmehr Regelungen über die Rechtsansprüche zwischen den Prostituierten und deren Kunden und über die Erbringung von sexuellen Dienstleistungen im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses.

Mit dem Prostitutionsgesetz wird klargestellt, dass Prostituierte durch das Erbringen der vereinbarten sexuellen Dienstleistung einen Anspruch auf die vereinbarte Gegenleistung erwerben, weil diese Vereinbarung – anders als bis dahin angenommen – rechtswirksam und nicht wegen Sittenwidrigkeit nichtig ist. Jedenfalls aus vertragsrechtlicher Sicht ist mit der Klarstellung in § 1 des Prostitutionsgesetzes der Makel der Sittenwidrigkeit von Prostitution genommen.

Das Gesetz macht Prostituierte unabhängiger

Neben der vertragsrechtlichen Regelung trifft das Prostitutionsgesetz zum Schutz von Prostituierten eine zentrale sozialversicherungsrechtliche Regelung. Prostituierte können danach ihre Tätigkeit auch im Rahmen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse ausüben. Das Weisungsrecht des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin ist jedoch eingeschränkt; Prostituierte können jederzeit bestimmte Kunden oder bestimmte Sexualpraktiken ablehnen oder ganz aus der Prostitution aussteigen. Somit ist die sexuelle Dienstleistung als eine Erwerbstätigkeit im Sinne des Artikels 12 des Grundgesetzes (Berufsfreiheit) zu sehen.

Ziel des Prostitutionsgesetzes ist es, Prostitution aus der geduldeten Illegalität zu holen und den

Prostituierten gegenüber Arbeitgebern und Kunden Rechte zu verleihen sowie ihre soziale Absicherung zu erleichtern. Gleichzeitig wurde die Strafbarkeit wegen Förderung der Prostitution bzw. Zuhälterei soweit zurückgenommen, dass sich Bordellbetreibende nun nicht mehr allein deswegen strafbar machen, weil sie günstigere oder sichere Arbeitsbedingungen für Prostituierte schaffen wollen. Die Ausbeutung von Prostituierten, Menschenhandel und Minderjährigenprostitution wurden von dem Gesetz hingegen ausgenommen und sind weiterhin strafbar.

Das Prostitutionsgesetz hat die Situation verbessert

In der Beratungspraxis zeigt sich: Das Prostitutionsgesetz hat nicht nur die rechtliche, sondern auch die tatsächliche Lage vieler Prostituierten verbessert. Diese Verbesserungen betreffen nicht nur die Berufsausübung, sondern auch das Privatleben. Das beginnt schon bei der Wohnungssuche, die einfacher ist, wenn man dem potentiellen Vermieter einen Einkommensnachweis in Form des letzten Einkommensteuerbescheids vorlegen kann. Auch Krankenversicherung ist je nach den individuellen Voraussetzungen unter der Berufsbezeichnung Prostitution möglich. Viele Prostituierte sind selbstbewusster geworden, lösen sich aus Abhängigkeitsverhältnissen, sind selbstständig tätig.

Der Beratungsbedarf hat sich dadurch verschoben. Da es keine Ausführungsrichtlinien zum Prostitutionsgesetz gibt, tauchen viele Fragen zu den angrenzenden Rechtsbereichen auf. Wie mache ich mich selbständig? Was muss bauordnungsrechtlich bei der Örtlichkeit beachtet werden? Unter welcher Berufsbezeichnung kann die Erwerbstätigkeit beim Finanzamt angemeldet werden? Was ist gewerberechtlich zu berücksichtigen? Unter welchen Voraussetzungen kann eine Krankenversicherung abgeschlossen werden? Wie weit geht die Weisungsbefugnis eines Bordellbetreibers, ohne die selbständige Tätigkeit zu gefährden?

Bei allen Errungenschaften zeigen diese Fragen auch das Problem der rechtlichen Regelungen der sexuellen Dienstleistungen. In vielen Bereichen des Wirtschaftslebens klagen die Marktteilnehmer über zu viel Regulierung und unverständliche Gesetze. Im Bereich der sexuellen Dienstleistungen ist das Problem nicht ein Zuviel an Regulierung, sondern ein Zuwenig.

Das Gesetz regelt leider nicht alle Bereiche

Dies liegt unter anderem an dem Geburtsfehler des Prostitutionsgesetzes: Auf eine umfassende Regelung der Rechtsverhältnisse von Prostitution hat der Gesetzgeber verzichtet. Teils geschah dies im Glauben, mit der Beseitigung des Makels der Sittenwidrigkeit lösten sich Folgefragen – wie im Gewerbe- oder Gaststättenrecht – von selbst. Teils fehlte dem Gesetzgeber der Wille, Prostitution als Erwerbstätigkeit wie jede andere auch zu behandeln und ihren Sonderstatus



Es gibt noch viele Hürden bei der klaren rechtlichen Regelung der Prostitution.

zu beseitigen. Nach wie vor gibt es zum Beispiel ein Werbeverbot für Prostituierte oder eine Ermächtigungsgrundlage für Sperrbezirksverordnungen – die sich übrigens nicht im Stadtplanungsrecht findet, sondern im Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch.

Die Ziele des Prostitutionsgesetzes, nämlich die Verbesserung

der Bedingungen der Prostitutionsausübung, der Hilfe zum Ausstieg aus der Prostitution sowie der Bekämpfung der Begleitkriminalität von Prostitution, sind wegen der zahlreichen gesetzgeberischen Unterlassungen nur eingeschränkt erreicht. In dem Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes (Bundestags-Drucksache

16/4146) vom Januar 2007 wird dies ausdrücklich festgehalten. Die Bundesregierung zieht daraus den zutreffenden Schluss, dass diese Ziele nur durch eine weitere Verrechtlichung der Prostitution erreicht werden können.

Der Gesetzgeber scheut sich

Dieser Appell ist bislang leider verhallt. Der Gesetzgeber scheut sich weiterhin, Sexarbeit anderen Erwerbstätigkeiten gleich zu stellen. In Begründungen und Anhörungen wird mehr über kriminelle Machenschaften, Zwang zur Prostitution und Gewalt in der Prostitution nachgedacht als über die wohltuenden Korrekturen, die regulierte Arbeits- und Marktstrukturen mit sich bringen können: organisierte Tarifpartner und Berufsverbände, Gewerbeaufsicht, Arbeits- und Versicherungsschutz – kurz alle Vorteile des bürgerlichen Rechts.

Aber: Nur durch die Schaffung eines rechtlichen Rahmens können die bestehenden geschäftlichen Beziehungen zwischen Prostituierten und Bordellbetreibern klar defi-

niert und aufgestellt werden, können Rechte wie Pflichten eindeutig gegeben und einklagbar werden. Einklagbare Rechte könnten dazu beitragen, kriminellen Machenschaften den Boden entziehen und die Prostituierten in ihrer Position stärken. Darüber hinaus müssen gewerberechtliche Instrumente, beispielsweise die Einführung einer Genehmigungspflicht für Bordelle und andere bordellartig geführte Betriebe, eingeführt werden. Erst hiermit können die Betriebe einer dauerhaften Überprüfung unterworfen und die Transparenz der Betriebe für die Prostituierten sowie die Kunden erheblich erhöht werden.

Die Regulierung der sexuellen Dienstleistungen und Aufklärungsarbeit müssen Hand in Hand gehen, um gegen Unwissenheit und herrschende Doppelmoral anzugehen. Nur so kann die Gesellschaft den Prostituierten Chancengleichheit bieten. Nur so kann das Selbstbestimmungsrecht der Prostituierten gefördert und gewahrt bleiben.

Folgende Punkte sollten dabei Berücksichtigung finden:

- Standards für das Betreiben

eines Bordells oder bordellähnlichen Betriebes

- Standards für angemessene Löhne und gewerbliche Mieten
- Mietrechtlicher Schutz
- Arbeitsverträge
- Arbeitsrechtlicher Schutz
- Versteuerung von Einnahmen als Selbständige und als Gewerbetreibende
- Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen für Migrantinnen in der Prostitution
- Beteiligung der in der Prostitution Tätigen bei allen sie betreffenden Entscheidungen.

Die Prostituierten würden so in die Lage versetzt werden, wie auch andere Erwerbstätige in einem klaren gesetzlichen Rahmen ihre eigenen Belange zu regeln und ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Denjenigen, die vor dieser Forderung die Augen verschließen und auf repressive Gesetze verweisen, sei die Lektüre des Leitsatzes der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin aus dem Jahr 2000 empfohlen:

„Wer meint, die Menschenwürde von Prostituierten gegen ihren Willen schützen zu müssen, vergreift sich an ihrer von der Menschenwürde geschützten Freiheit der Selbstbestimmung und zementiert ihre rechtliche und soziale Benachteiligung.“ □

Dorothee Türnau
Dipl. Sozialpädagogin/-arbeiterin (FH)
Mitarbeiterin im Projekt Phoenix

Dr. Stefanie Killinger,
LL.M. (Lond.)
Richterin am Verwaltungsgericht
Hannover
Mitglied des Vorstands
von Phoenix e.V.

Beratungsstelle Phoenix

Die Beratungsstelle Phoenix in Hannover existiert seit 1989. Phoenix vertritt die Interessen von Prostituierten. Die kostenlosen Beratungen sind freiwillig und anonym. Phoenix informiert zu Fragen der gesundheitlichen Prävention, berät bei persönlichen Problemen und informiert zu rechtlichen Rahmenbedingungen. Derzeit arbeiten für die Beratungsstelle insgesamt sechs hauptamtliche Mitarbeiterinnen auf Teilzeitstellen. Beratungen auch in den Sprachen Deutsch, Englisch, Polnisch und Russisch möglich. Kontakt: Tel.: 0511-14646, E-Mail: kontakt@phoenixberatung.de, Internet: www.phoenix-beratung.de.



Ein tränenreicher Abschied in Biały Dunajec

Begegnung heißt Spotkanie: Deutsch-Polnische Freundschaften

entstehen bei der 17. Internationalen Jugendbegegnung in Polen

Mehr als 13 Stunden Busfahrt hatten 16 Kinder und Jugendliche aus Niedersachsen und ihre drei Betreuer und Betreuerinnen hinter sich, als sie erschöpft, aber voller Neugier in der Herberge „U Grażyny“ in der polnischen Ortschaft Biały Dunajec ankamen. Dort trafen sie auf jeweils 16 junge Menschen aus Brjansk in Russland und dem Stadtkreis Gorlice in Polen. Zusammen nahmen die Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen zwölf und 15 Jahren an der 17. Internationalen Jugendbegegnung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen und seines Jugendverbandes teil. Diese fand vom 5. bis zum 19. Juli 2009 bei hochsommerlichen Temperaturen in Biały Dunajec im Verwaltungsbezirk Kleinpolen statt, zirka 90 Kilometer südlich von Krakau.

Auf dem Programm der Jugendbegegnung standen zahlreiche Projekte, die das Ziel hatten, die jungen Menschen zueinander zu führen und ihnen gemeinschaftliche Erlebnisse zu ermöglichen. Ein Höhepunkt bildete ein „Band-Projekt“, bei dem jeweils kleine Teilnehmergruppen deutsch-polnisch-russische Bands gründeten, diesen einen Namen gaben, ein Band-Outfit entwickelten und ein gemeinsames Musikstück für selbstgebaute Instrumente einstudierten, das sie mit passender Choreographie vorführten. Nicht nur im Rahmen dieses Projektes lernten die jungen Menschen einander kennen, erfuhren etwas

vom Aufwachen und den Vorstellungen der Teilnehmer/innen aus den jeweils anderen Ländern, schlossen Freundschaften und hatten viel Spaß miteinander.

Gelegenheit zu Spaß und Austausch hatten die Teilnehmer/innen unter anderem auch bei einer Besichtigung von Krakau, einer Wanderung und Trocken-Rodel-Tour im Tatra-Gebirge sowie beim Besuch eines Erlebnisbades in Zakopane, der höchstgelegenen Stadt Polens.

Eine besondere Bedeutung kommt der Internationalen Jugendbegegnung des Paritätischen zu, da sie als Zielgruppe ausdrücklich auch Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Lebensverhältnissen einbezieht, die sonst keine oder nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Teilnahme an einem internationalen Austausch haben. So kamen viele der Teilnehmer/innen aus Niedersachsen aus oftmals wirtschaftlich und anderweitig belasteten Familienzusammenhängen, die eine Unterstützung durch das Jugendamt notwendig machen. Bei den Teilnehmer/innen aus Russland handelte es sich überwiegend um Halbwaisen einer Schule in Brjansk. Die polnischen Teilnehmer/innen stammten aus einer der Ortsgruppe Gorlice des Verbandes Polnischer Pfadfinder in Krakau.

Die Organisation der Internationalen Jugendbegegnung vor Ort in

Biały Dunajec erfolgte durch die polnische Pfadfindergruppe aus Gorlice mit personeller und finanzieller Unterstützung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen. Dabei standen unter anderem auch Mittel zahlreicher Spender zur Verfügung, denen an dieser Stelle noch einmal ein ausdrücklicher Dank gilt. Ohne das Engagement von Privatleuten, Geschäftspartnern und einzelnen Politikern sowie einem nicht unerheblichen finanziellen Eigenbeitrag wäre auch in diesem Jahr die Durchführung der Internationalen Jugendbegegnung nicht möglich gewesen. Die bestehenden Fördermöglichkeiten sind bei weitem nicht ausreichend.

Trotzdem will der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen versuchen, auch im nächsten Jahr eine Internationale Jugendbegegnung zu realisieren, da Begegnungsmaßnahmen für die Entwicklung junger Menschen von unschätzbarem Wert sind und diese nicht zuletzt der Völkerverständigung dienen. Dieses hat sich einmal mehr bei der diesjährigen Jugendbegegnung gezeigt, die mit dem Austausch von Kontaktdaten, freundschaftlichen Gesten und einem tränenreichen Abschied fast 900 Kilometer entfernt von Niedersachsen endete und 2010 hoffentlich ihre dann 18. Fortsetzung finden wird. □

Sven Dickfeld
Jugendbildungsreferent



Gut betreut, während die Eltern studieren.

28 Grashüpfer und Libellen

Studentenwerk Göttingen eröffnet neue

„Kinderkrippe am Wall“ mit 28 Betreuungsplätzen

Das Studentenwerk Göttingen hat Mitte Oktober eine weitere Kinderkrippe offiziell eröffnet. In der „Kinderkrippe am Wall“ werden 28 Kinder im Alter von ein bis drei Jahren von sechs pädagogischen Fachkräften ganztags betreut.

Obwohl das Studentenwerk Göttingen bereits über insgesamt 194 Betreuungsplätze für Kinder studentischer Eltern verfügte, reichte insbesondere die Zahl der bisher vorhandenen 60 Krippenplätze nicht aus. Darauf hat das Studentenwerk jetzt mit der Eröffnung der „Kinderkrippe am Wall“ reagiert. Den ein bis drei Jahre alten Kindern stehen ganztags zwei Gruppen zur Verfügung, die Gras-

hüpfergruppe und die Libellen-gruppe. Die Betreuungszeiten sind montags bis freitags von 7.30 bis 16.30 Uhr.

Im Januar 2009 hatte das Studentenwerk mit dem Umbau des ehemaligen Studentenwohnheims in der Geiststraße 5a begonnen. Baupläne wurden entworfen, Wände ver-setzt, Decken, Fußböden und Türen erneuert und in einem freundlichen Gelb gestaltet.

Auch bei der Inneneinrichtung wurde viel Wert auf die Bedürfnisse der Kleinsten gelegt. Verschiedene Spiel- und Ruheräu-me sowie Minitoiletten und Miniwaschbecken sollen dazu bei-

tragen, dass sich der studentische Nachwuchs rundum wohlfühlt. Die Kosten für die Umbaumaßnahme betragen circa 165.000 Euro, rund 6.000 Euro wurden für die Innen-ausstattung der neuen Krippe auf-gewendet. Die Investitionskosten werden mit Bundes- und Landes-mitteln über die Richtlinie Investiti-onen Kinderbetreuung anteilig ge-fördert. □

Ansprechpartnerin:
Ute Katzwinkel,
Leiterin der Kindertagesstätten,
Tel. 0551 / 3913516

Christa Mirwald
Studentenwerk Göttingen
Öffentlichkeitsarbeit



Gefährliche Räuber mit Augenklappe.

Kinder, wie die Zeit vergeht

Paritätische Kindertagesstätte Hägewiesen in Hannover

feiert ihr 20-jähriges Bestehen mit einem Piratenfest

Die Paritätische Kindertagesstätte Hägewiesen feiert Geburtstag. Seit 20 Jahren spielen die Kinder der Kindertagesstätte in ihrem „Zirkuszelt“. Die an ein Zirkuszelt erinnernde Architektur der Kita ist das äußere Markenzeichen der Einrichtung geworden. Die Intention des Architekten war es 1989, ein Gegengewicht zu der umliegenden Bebauung im Stadtteil Sahlkamp zu schaffen. Durch große Fensterfronten sind die Räumlichkeiten, die Kita verfügt über eine Nutzfläche von 600 Quadratmeter, zu jeder Jahreszeit freundlich und lichtdurchflutet.

Doch nicht nur die Architektur des Gebäudes ist besonders ehrgeizig. Die Kita, eine von zehn Kindertagesstätten in der Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Hannover, arbeitet grundsätzlich nach dem situationsorientierten Ansatz. Zusätzlich werden weitere pädagogische Elemente, zum Beispiel aktuelle Sprachförderprogramme, das Programm Pyramide und der Early Excellence Ansatz, soweit als möglich in den Alltag der Kindertagesstätte integriert.

Insgesamt haben 60 Kinder im „Zirkuszelt“ Platz zum Spielen und Lernen. Die Kinder im Alter von eineinhalb bis sechs Jahren werden in drei multikulturellen Gruppen betreut. Das 20-jährige Jubiläum der Kita wurde Mitte September zünftig mit kleinen und großen Piraten gefeiert. Dank der tatkräftigen Unterstützung engagierter Eltern gab es viele Spiel- und Mitmachaktionen für die Kinder. Als Überraschungsgast war Rita Pa-

welski, Mitglied des Bundestages für die CDU, gekommen. Wie alle Gäste konnte sie sich vor Ort von dem besonderen Engagement dieser Kita überzeugen. □

*Bianka Titze
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Hannover*



Kita-Leiterin Sabine Reich, Bezirksbürgermeister Hans Battefeld und die CDU-Bundestagsabgeordnete Rita Pawelski.

Einblick ins Sozialsystem

Delegation des Paritätischen Landverbandes besucht polnische Partnerorganisation und Kinderhilfverein

Einen intensiven Einblick in das polnische Sozialsystem und in die Struktur der Freien Wohlfahrtspflege verschaffte sich eine Delegation des Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. bei ihrem diesjährigen Besuch vom 11. bis 13. Oktober bei der Partnerorganisation WROS, dem niederschlesischen Verband einer Nichtregierungsorganisationen in Breslau. Die Vorsitzende von WROS, Renata Berent-Mieszczanwicz, die gleichzeitig Vorsitzende der demokratischen Frauenunion ist, betonte bei einem Treffen mit der niedersächsischen Delegation die Bedeutung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Polen. „Bedauerlicherweise“, so Berent-Mieszczanwicz weiter, „wird diese Einschätzung nicht von allen staatlichen Ebenen geteilt.“ Als Beispiel nannte sie, dass Nichtregierungsorganisationen nur für bestimmte einzelne Projekte eine Förderung erhalten würden, es dadurch aber wenig Spielraum für die Entwicklung eigener Konzepte gäbe.

Die Entwicklung der Bürgergesellschaft und die Stärkung von Freiwilligendiensten analog dem Freiwilligen Sozialen Jahr in Deutschland konnte die Delegation im Anschluss an das Treffen mit WROS bei einem kleinen Empfang mit Slawomir Piechotta, dem Vorsitzenden des Sozialausschusses des Sejm und Władysław Sidorowicz, Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des polnischen Senats, besprechen. Beide bedankten sich bei Günter Famulla, dem Vorsitzenden des Vereins, für



Der Ehrenvorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, Günter Famulla, hat sich in den zurückliegenden 30 Jahren intensiv für den deutsch-polnischen Dialog eingesetzt.

die deutsch-polnische Zusammenarbeit im sozialen Bereich und für seine Verdienste in den vergangenen 30 Jahren um die deutsch-polnische Verständigung und Kooperation. Famulla nutzte die Gelegenheit zur Vorstellung seines Nachfolgers im Vorstand, Sebastian Böstel.

Ein gelungenes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement ist der Kinderhilfverein „Tecza“ (auf deutsch: Regenbogen) in Olawa, wo behinderte Kinder und Jugendliche nach modernen therapeutischen Ansätzen betreut werden. Da die Finanzierung dieser Arbeit durch den Staat nicht kostendeckend ist, versucht der Verein, seine Geräte und die Raumausstattung durch Sponsoren zu finanzieren. So konnte der „Welterfahrungsraum“, der in deutschen Einrichtungen einem „Snoezelen-Raum“ entsprechen würde, mithilfe von Spenden eingerichtet werden. Einen Beitrag zu der Arbeit dieses Vereins leistete auch

Günter Famulla, der bei seiner Verabschiedung als Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. anstelle von Geschenken um Spenden für diese Einrichtung bat. In einer kleinen Feierstunde konnte Günter Famulla der Vorsitzenden Wiesława Pohoriło einen Betrag in Höhe von 1.860 Euro übergeben. □



Günter Famulla bei der Übergabe der Spende an den Kinderhilfverein „Tecza“.

Die Kleinsten sind acht Wochen alt

Neue Paritätische Bewegungs-Kindertagesstätte „Purzelbaum“

in Salzgitter-Lebenstedt nimmt offiziell ihre Arbeit auf

„Es ist geschafft!“ Mit diesen Worten begann Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel seine Rede anlässlich der offiziellen Eröffnungsfeier der neuen Kindertagesstätte des Paritätischen in Salzgitter-Lebenstedt. Nach einem knappen Jahr Bauzeit sei das rund 2,6 Millionen Euro teure Gebäude „ein wichtiger Schritt in Salzgitters kinder- und familienfreundliche Zukunft“, betonte Klingebiel. „Entstanden ist eine einzigartige Kindertagesstätte mit einer großen Bedeutung für das Einzugsgebiet in Salzgitter-Fredenberg. In dieser ereignis- und erlebnisreichen Umgebung werden die Jüngsten optimal auf die weiteren Herausforderungen im Leben vorbereitet“, so der Oberbürgermeister weiter und wünschte allen Beteiligten für die Zukunft „Spaß, Unbeschwertheit, Frohsinn und Freude.“ In Betrieb genommen wurde die Einrichtung bereits im Mai 2009.



Praktisches Geschenk: Oberbürgermeister Frank Klingebiel überreicht Kita-Leiterin Anja Steckhan Spielmaterial.

Ein richtig gutes Team

In seiner offiziellen Begrüßungsrede bedankte sich Henning Eschemann, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig, bei al-

len Beteiligten, attestierte eine gelungene Arbeit und zeigte sich vom Neubau begeistert: „Hier ist etwas Tolles entstanden.“ Gleichzeitig lobte Eschemann die hervorragend funktionierende gemeinschaftliche Arbeit der neuen Mitarbeiterinnen,



Gäste der Eröffnungsfeier (v. l.): Ortsbürgermeister Uwe Cyron, Günter Famulla, damaliger Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Niedersachsen, Frank Klingebiel, Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter, Cornelia Rundt vom Vorstand des Paritätischen Niedersachsen sowie Henning Eschemann, Geschäftsführer des Paritätischen Braunschweig.



Luftballonwettfliegen beim Eröffnungsfest.

die „rasch zu einem richtig guten Team zusammengefunden haben“.

Die Kita sucht ihresgleichen

„Eine Kita, die ihresgleichen sucht“, so bezeichnete Günter Famulla in seiner Rede die neue Kindertagesstätte. Seine vom Landesverband übermittelten Glückwünsche waren eine seiner letzten Amtshandlungen, bevor Famulla als Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Niedersachsens Ende Juni in den Ruhestand verabschiedet wurde. In Niedersachsen habe diese Art von Einrichtung Seltenheitswert, betonte Famulla. Die Besonderheit: In der neuen Paritätischen Kita sind vier verschiedene Bereiche gemeinsam untergebracht. Hier werden Kinder im Alter von acht Wochen bis zum Schuleintritt betreut. Zudem gibt es zwei Sprachheilgruppen und eine Integrationsgruppe, in der behinder-

te und nicht-behinderte Kinder gemeinsam betreut werden.

Der Name: Purzelbaum

Neben der symbolischen Schlüsselübergabe löfeten die Kita-Kinder das große Geheimnis um den Namen der Kindertagesstätte. Mit Trommelwirbel und sportlichen Einlagen taufte die Kleinen ihr neues Zuhause auf den Namen „Purzelbaum“. Gleichzeitig präsentierte Anja Steckhan, Leiterin der Kita, das neue Logo. Die Firma Lidl spendete unter anderem einen Baum, der anschließend im Eingangsbereich der Außenanlage in einer Gemeinschaftsaktion eingepflanzt wurde.

Echte Eichen im Raum

Die neue Kindertagesstätte des Paritätischen Braunschweig setzt

besondere Akzente im Bereich der Kinderbetreuung, war die einhellige Meinung am Eröffnungstag. Entstanden ist nicht nur ein schönes Gebäude mit großzügigen, freundlichen Gruppenräumen und jeweiliger Empore, außergewöhnliche Gestaltungselemente sorgen zudem für ein einzigartiges Flair. Echte Eichenbaumstämme aus dem Liebenburger Staatsforst wurden in jedem Gruppenraum als optische Stütze eingebaut. So können die Kinder die Veränderungen des Holzes beobachten, erföhlen und den Baum unterschiedlich schmücken.

Der Bewegungskindergarten

Nicht ohne Hintergedanken wurde der Name „Purzelbaum“ für die neue Kita ausgewählt: In der Einrichtung steht die ganzheitliche Bewegungs- und Wahrnehmungsför-

derung im Vordergrund. Das Motto „Mehr Bewegung für Kinder“ wurde bereits bei der Planung berücksichtigt, und ein großzügiger Mehrzweckraum mit mehr als drei Meter Raumhöhe konzipiert. Hier entsteht eine sogenannte Bewegungsbaustelle mit außergewöhnlichen Möglichkeiten zum Schaukeln und Schwingen, Springen, Drehen, Balancieren, Klettern und Laufen. Sinnesreize durch Bewegungsabenteuer anzuregen, das ist das Ziel. Denn die Sinnesentwicklung ist eng verknüpft mit Bewegung und Körperwahrnehmung. Zur optimalen und professionellen Nutzung der Bewegungselemente werden die pädagogischen Fachkräfte vorab geschult. So kann zukünftig das Motto „Mehr Bewegung für Kinder“ in der neuen Kindertagesstätte ausgiebig gelebt werden.



... für bewegungsfreudige Bauchtänzerinnen.

Sanftes Eingewöhnen

In dem neuen Haus werden künftig rund 100 Kinder im Alter von acht Wochen bis zum Schuleintritt betreut. Für die Kleinsten in den Krippengruppen beginnt die Eingewöhnungsphase nach dem Berliner Modell. Dabei werden die Eltern bewusst mit einbezogen, damit der



Lichte Räume ...

Loslöseprozess gelingt. Der sanfte Übergang aus dem familiären Umfeld in die Krippe ist für die Kinder, aber auch für die Eltern von großer und nachhaltiger Bedeutung. Das Prinzip der schrittweisen Eingewöhnung ist erfolgreich. Ein kompetentes und einfühlsames Team an Mitarbeiterinnen sorgt für eine reibungslose Übergangszeit, in der die Beziehung zur Betreuungsperson langsam aufgebaut wird. Die wenigen geflossenen Tränen der Kleinsten sind dafür der beste Beweis.

Viel Platz im Kita-Alltag

Rund 1.400 Quadratmeter stehen für insgesamt sechs Gruppen im Gebäude zur Verfügung. Nach dem Prinzip: „Kurze Wege unter einem Dach“ gibt es neben den Gruppenräumen, fünf Therapieräume, einen

gemeinsamen Mehrzweckraum, zwei Küchen, ein altersgerechtes, 4.000 Quadratmeter großes Außengelände sowie eine Praxis für Sprachtherapie und die Büros der Mitarbeiterinnen. □

Anke Meyer
Paritätischer Braunschweig

Weitere Informationen

Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH, Saarbrückener Str. 50, 38108 Braunschweig, Tel: 0531 – 480790, Mail: info@paritaetischer-bs.de oder direkt in der neuen Kita in der Erich-Ollenhauer-Str. 135, 38228 Salzgitter, Telefon: 05341/867298-0.

Fünf Wochen üben für die große Bühne

Gelungene Abschlusspräsentation der „U.Play Music and Dance Tour 2009“ im MusikZentrum Hannover

Eine einzigartige Kooperation zwischen der ESP.One-Stiftung und dem Paritätischen Niedersachsen e.V. unter der Mitwirkung des Musik-in-Liners hat zu einem außergewöhnlichen Projekt geführt. 60 Kinder und Jugendliche aus Kinderheimen und Mitgliedsorganisationen des Paritätischen haben in fünf Wochen unter professioneller Anleitung eigene Songs und Tänze einstudiert und die „U.Play Music and Dance Tour 2009“ auf den Weg gebracht.

Die grandiose Abschluss-Show fand auf der Bühne des MusikZentrums Hannover statt. Hannovers Star-Rapper Spax, der eine eigene Gruppe betreut hatte, moderierte den Abend in seiner ihm eigenen unkonventionellen Art. Mit einer beeindruckenden Trommelperformance starteten die Jungen und Mädchen vom Down Syndrom e.V. Der Spaß am Trommeln war den Künstlern anzusehen, und ihr prominenter Coach Greg „Big G“ Perrineau, Gründer der in den 70ern und 80ern sehr be-



Die Tänzerinnen und Tänzer zeigen, was sie in den fünf Wochen gelernt haben.

kannten Band Eruption, führte seine Kids sicher durch die Performance.

Es folgten die Teilnehmer von der Einrichtung „Hilfe für Hungernde Kinder“ in Kooperation mit der Schule auf der Bult. Die Tanzgruppe unter der Leitung von Katrin Helmerichs begeisterte, die nachfolgende Band rockte mit ihrer Eigenkompo-

sition wie eine professionelle Combo. Auch der Rap fehlte nicht im Repertoire, als hochprofessionelle Show mit großer Klasse dargeboten vom St. Joseph Stift. Die Stimmung in der Halle war super, was auch an der Vorstellung der Band von der Hermann Bödeker Jugendhilfe und der Tanzdarbietung von St. Ansgar und der ESP.One Stiftung lag. Zum großen Finale versammelten sich alle Teilnehmer und Coaches auf der Bühne, um den Abend gemeinsam ausklingen zu lassen. □



Die Band mit Roland Loy und Andy Kammer auf der Bühne des MusikZentrums Hannover.

Weitere Informationen über dieses Projekt und über den Musik-in-Liner erhalten Sie über das MusikZentrum Hannover, Sabine Busmann, Telefon: 0511 26093012.

Sabine Busmann
Projektleitung
MusikZentrum Hannover

„Ein langwieriger Prozess“

Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann besucht Kinderhaus der Lebenshilfe in Verden

Niedersachsens Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann hat Anfang September das Kinderhaus der Lebenshilfe Verden in Eitze besucht. Nach einem Rundgang durch die Einrichtung wurde mit der Ministerin die Konzeption der kooperativen „Bildung von Anfang an“ besprochen. Hierbei standen die Frage des Personalstandards und die Bewertung der Qualität der gemeinsamen Erziehung im Vordergrund. Vor dem Hintergrund des Orientierungsplanes für Krippen wurden die notwendigen Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Kindern mit Behinderung in die Krippe vorgestellt.

Die Vertreter der Lebenshilfe verwiesen im Rahmen des Besuches auf die Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen hin. Das Motto „Kinder sind mehr Wert“ zeigt eine Perspektive für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kindertageseinrichtungen am konkreten Praxisbeispiel auf.

„In diesem Prozess der Qualitätsentwicklung von frühkindlichen Bildungsangeboten dürfen die behinderten und benachteiligten Kinder nicht abgekoppelt werden“, so die Bitte des pädagogischen Leiters Michael Grashorn an die Kultusministerin. Der uneingeschränkte Zugang für behinderte Kinder unter drei Jahren in die neu entstandenen Krippen ist noch längst nicht überall als selbstverständliches El-



Die Ministerin im Gespräch mit kleinen und großen Menschen im Kinderhaus.

ternrecht verwirklicht. Im Zeitalter der Inklusion haben sich die Bundesregierung und die Landesregierung dazu verpflichtet, dass Barrieren abgebaut werden sollen und dass die Teilhabe am gemeinsamen Leben und Lernen für alle Kinder realisiert werden soll.

Heister-Neumann versprach, dass sie sich für diese Zielsetzung einsetzen wird. „Es wird aber ein langwieriger Prozess, da er auch von der momentanen Wirtschaftssituation beeinflusst wird“, so die Ministerin, die sich hoch erfreut über das bereits erreichte Niveau der

Integration der Verdener Lebenshilfe zeigte. Insbesondere die Like-deeler Schule als anerkannte Tagesbildungsstätte hat die erfolgreiche Umsetzung der schulischen Integration verwirklicht. Die Kooperation mit den verschiedenen Schulen im Landkreis Verden hat sich bewährt und kann als Orientierung für den Ausbau der Inklusion dienen, so das gemeinsame Fazit zum Abschluss des Besuches der Ministerin in Verden. □

*Michael Grashorn
Pädagogischer Leiter
Lebenshilfe Verden*

Ein Hotel mit Charme

Im neuen „Hotel Am Kloster“ der Lebenshilfe Celle kümmern sich

14 Mitarbeiter um das Wohl der Gäste

Die Hotelbetriebsgesellschaft der Lebenshilfe Celle hat direkt am berühmten Zisterzienser-Kloster in Wienhausen ein Hotel eröffnet. Das „Hotel Am Kloster“ ist bereits der zweite Beherbergungsbetrieb der Lebenshilfe. Seit 2004 unterhält die Hotelbetriebsgesellschaft sehr erfolgreich das „Hotel Blumlage“ in Celle.

Das neue Landhotel in Wienhausen verfügt über 24 Zimmer und Apartments, davon vier behindertengerecht ausgebaute Doppelzimmer. Der Hotelkomplex besteht aus drei denkmalgeschützten Häusern sowie einem neu errichteten Bettenhausanbau und liegt in bester Lage direkt am Allerradweg, eingerahmt von einem altem Mühlenteich und dem historischen Rathaus. Aufgrund der unmittelbaren Lage am Allerradweg präsentiert sich das Hotel als „Fahrradfreundlicher Gastbetrieb“. „Wir hoffen, dass auch viele Radfahrer bei uns einkehren“, betont Hotelchefin Iris Höft.

Zum Konzept des Landhotels gehört das „Kloster-Kaffee“, in dem exklusiv die „Wienhäuser-Klostertorte“ sowie Kaffeespezialitäten einer heimischen Kaffeerösterei angeboten werden. Die Speisen im Café stammen teilweise aus eigener Herstellung. Dienstags steht das „Kloster-Kaffee“ unter der Regie des Ausbildungsbereiches Hauswirtschaft/Küche der Lebenshilfe. „Alle freuen sich auf die Arbeit in der Praxis. Das fördert das Selbstbewusstsein enorm“, so Hotelchefin Iris Höft. Neben den 50 Innensitz-



*Idyllisch gelegen mit modern
eingerichteten Zimmern:*

*Das „Hotel Am Kloster“ in direkter
Nachbarschaft des Klosters Wienhausen.*

plätzen verfügt das „Kloster-Kaffee“ über eine Gartenterrasse mit 50 Sitzplätzen.

Im „Hotel Am Kloster“ kümmern sich 14 Mitarbeiter – davon sechs Mitarbeiter mit Behinderung – um das Wohl der Gäste. Die Schaffung von weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor für Menschen mit Handicap, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Anstellung finden, war unter anderem ausschlaggebend für die Eröffnung des Hotelbetriebes. Die Arbeit biete berufliche und persönliche Perspektiven für behinderte Menschen und fördere deren Integration, hebt Lebenshilfe-Geschäftsführer Reinhard Klein hervor. „Wir sind aber kein Behindertenhotel“, betont Klein. Ihm gehe es um das selbstverständliche Zusammenkommen von Menschen mit und ohne Handicap.



„Wir wollen mit Qualität werben, nicht mit Behinderten“, so Klein.

Die ersten Gäste des Landhotels zeigten sich begeistert von den schönen Zimmern, dem leckeren Frühstück und den freundlichen, zuvorkommenden Mitarbeitern. Die offizielle Einweihung des Hotels erfolgt im Frühjahr. □

Petra Kose
Hotelbetriebsgesellschaft Celle gGmbH
Lebenshilfe Celle gGmbH
Internet: www.hotelwienhausen.de

Beruflich noch mal durchstarten

Heidrun Voß, Geschäftsführerin des Kreisverbandes Celle, wechselt nach 30 Jahren beim Paritätischen zur Lebenshilfe

Der Beiratsvorsitzende Reinhard Klein, im Hauptamt Lebenshilfegeschäftsführer, begrüßte am 22. September eine große Anzahl Gäste, um die langjährige Geschäftsführerin des Kreisverbandes Celle, Heidrun Voß, zu verabschieden. 22 Jahre hatte Heidrun Voß verschiedene Stationen beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. durchlaufen, bevor sie 2001 die Geschäftsführung in Celle übernahm und dort für die Betreuung der 50 Mitgliedsorganisationen und die verbandlichen sozialen Dienste zuständig wurde.

Vorstand Cornelia Rundt lobte das außerordentliche Engagement von Heidrun Voß, die neben ihrer Geschäftsführungstätigkeit zusätzlich für den Verband die Rahmenbedingungen auf Landesebene in der „Ambulanten Pflege“ mit den Kranken- und Pflegekassen verhandelt hat. Eine kraft- und nervenzehrende Aufgabe, der sich Heidrun Voß in hervorragender Weise gestellt habe. „Wir verlieren mit ihr eine Mitarbeiterin, die sich ins Zeug gelegt hat, die immer da war und persönlich verantwortlich fühlte“, so Cornelia Rundt in ihrer Laudatio.

Für die Stadt und den Landkreis Celle überbrachte der 1. Kreisrat Matthias Krüger die besten Grüße und hob insbesondere das Engagement von Heidrun Voß für das „Haus der Familie“ hervor. Selbst in kritischen Zeiten sei die Zusammenarbeit mit Heidrun Voß kon-



Führungswechsel: Heidrun Voß (rechts) übergibt das Ruder an Waltraud Anders (2.v.l.). Die Vorstände des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V., Cornelia Rundt und Sebastian Böstel überbringen dazu die besten Glückwünsche.

struktiv gewesen, weil sich Heidrun Voß von einem inneren Kompass der sozialen Verantwortung für das Gemeinwesen habe leiten lassen.

Klaus-Dieter Fortmeyer, Sprecher für die Paritätischen Kreisverbände im Bezirk Nord-Ost-Niedersachsen, überbrachte die Grüße der Paritätischen Kolleginnen und Kollegen und bedankte sich bei Heidrun Voß für ihr offenes Ohr bei Sorgen und Nöten. Voß wechselt zu einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen, der Lebenshilfe Celle, wo die 55-Jährige künftig als Verwaltungsleiterin tätig sein wird. „Es ist schön und spannend, beruflich noch einmal durchzustarten“, sagte Voß bei ihrem Abschied.

Mit einem weinenden und einem lachenden Auge verabschiedeten

ihre Mitarbeiterinnen Heidrun Voß und begrüßten in ihrer neuen Funktion Waltraud Anders. Die 52-Jährige ist seit 2001 beim Paritätischen tätig und war in der Vergangenheit für die betriebswirtschaftliche Beratung vor allem der Paritätischen Pflegedienste zuständig. In ihrer neuen Funktion sei ihr das „Haus der Familie“ besonders wichtig, darüber hinaus möchte Waltraud Anders den Bereich der Dienstleistungen weiter ausbauen.

Die Verhandlungen mit den Kranken- und Pflegekassen übernimmt zukünftig Mario Bentlin, Leiter der Paritätischen Sozialstation in Os-nabrück. □

*Harald Fischer
Abteilungsleiter Sozialzentren*

Meisterwerke in Miniatur

Darstellungen der Geburt Christi auf den Weihnachtsmarken 2009

Die diesjährigen Weihnachtsmarken zeigen Motive aus einer der schönsten spätmittelalterlichen Handschriften. Die Darstellungen der Geburt Christi und der Anbetung durch die Heiligen Drei Könige sind dem Hoya-Missale entnommen, einem prachtvollen gotischen Messbuch mit 56 Bildinitialen. Das Buch, seine Entstehung wird auf die Dekade von 1420 bis 1430 datiert, zählt mit seiner Initial- und Randornamentik zu den Meisterwerken der holländischen Buchmalerei.

Die Sonderbriefmarke mit dem Wertzeichen „45+20 Cent“ zeigt

als Initiale die Anbetung der Könige. Auf der Sonderbriefmarke mit dem Wertzeichen „55+25 Cent“ ist eine Initiale mit der Anbetung des Kindes im Stall nach der Geburt abgebildet. Beide Weihnachtsmarken erscheinen am 12. November.

Der Bezug der Weihnachtsmarken erfolgt zum reinen Portowert über das Wohlfahrtsmarken-Vertriebszentrum des Paritätischen Gesamtverbandes. Weihnachtsmarken – wie selbstverständlich auch die Wohlfahrtsmarken – werden als Dienstporto zum reinen

Portowert bestellt. Bei einem eventuellen Verkauf verbleibt der erzielte Zuschlagserlös bei Ihnen als Verkäufer. Eine aktive Beteiligung an der Weihnachtsmarken-Kampagne dient seit Jahren der Aufrechterhaltung und Verwirklichung sozialer Maßnahmen und neuer Initiativen. □

Mehr Informationen:

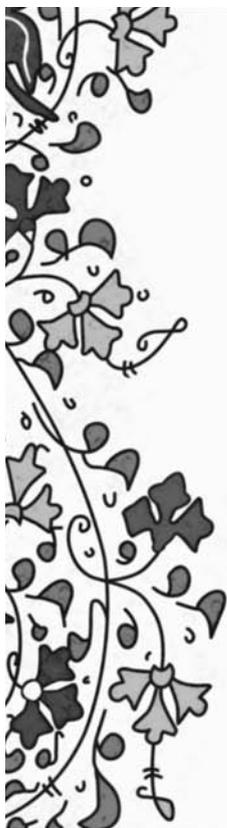
Paritätischer Gesamtverband

Wohlfahrtsmarken-Vertriebszentrum

Telefon: 0800 9645324 (kostenfreie Servicenummer)

Telefax: 030 24636460

wohlfahrtsmarken@paritaet.org



Fröhliche Weihnachten!

www.weihnachtsmarken.de



● Gutes Mit
● tun Briefmarken
● helfen



Ein Gewinn für alle Beteiligten

Lebensmittel plus Menschlichkeit: In Cuxhaven-Groden öffnet die Lebenshilfe den zweiten CAP-Markt Niedersachsens

Die Lebenshilfe hat Anfang Oktober in Cuxhaven einen CAP-Markt eröffnet, es ist der zweite in Niedersachsen. Für viele Anwohner im Cuxhavener Stadtteil Groden bedeutet dies, dass sie nun in der Nachbarschaft endlich wieder einen Lebensmittelmarkt mit frischem Obst und Gemüse vorfinden. Die Standortwahl in zuvor schlecht versorgten Gegenden ist Teil des Konzepts der CAP-Märkte, vor allem aber schaffen sie Arbeitsplätze für Menschen mit Handicap. Ein Nahversorger, in dem Menschlichkeit großgeschrieben wird.

Acht Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung sind in dem Cuxhavener Markt entstanden, hinzu kommen vier weitere für Einzelhändler, unter anderem die Marktleitung. Werner Ludwigs-Dalkner, Geschäftsführer der WWL Werkhof & Wohnstätten Lebenshilfe Cuxhaven, möchte in einer zweiten Stufe weitere Arbeitsplätze für Menschen mit

Handicap schaffen, zum Beispiel in einem Lieferservice. Doch zunächst muss sich zeigen, ob der CAP-Markt in Groden zumindest so gut angenommen wird, dass er kostendeckend arbeitet. Gewinnmaximierung um jeden Preis ist für Ludwigs-Dalkner tabu. Da es im Stadtteil einen Schlachter und mehrere Bäckereien gibt, hat der CAP-Markt weder eine Fleisch- noch eine Bäckereitheke bekommen.



Stolz und erfreut zeigte sich Cuxhavens Oberbürgermeister Arno Stabbert bei der Eröffnung des CAP-Marktes. Er sei immer wieder darauf angesprochen worden, dass die Einkaufsmöglichkeiten in Groden verbessert werden müssten.

70 Cap-Märkte sind in den vergangenen zehn Jahren in ganz Deutschland entstanden, die Tendenz ist steigend. Die meisten gibt es in Baden-Württemberg, dort sitzt in Sindelfingen mit der GDW Süd die Zentrale des Cap-Konzeptes. Organisiert sind die Märkte nach einem Franchise-System. „Menschen mit Behinderung, also Menschen mit Handicap, sind das Herzstück dieser Lebensmittelmärkte, daher auch unsere Namensgebung“, heißt es auf der CAP-Internetseite. „Für behinderte Menschen stellt CAP tatsächlich einen Lebens-Mittelpunkt dar. Aber nicht nur für sie, sondern auch für die Kunden und deren Familien sollen die CAP-Märkte durch ihre sehr persönliche Betreuung und das 'immer offene Ohr' ein Lebens-Mittelpunkt werden. Durch die umfangreiche Sortimentsauswahl, abgestimmt auf Standort und Kundenstruktur, durch die Qualität der Produkte und die Dienstleistungen im Rahmen des Marktes wird der Kunde überzeugt, nicht zuletzt weil er sich durch Anregungen und Wünsche, soweit möglich, in die Angebotsoptimierung selbst einbringen kann.“

Die Aufgabe, der sich die Lebenshilfe und ihre Mitarbeiter annehmen, sei eine wichtige und schwierige. Mehr als vier Jahre ist es her, dass die Betreiber des Vorgänger-Supermarktes aufgaben.

In dasselbe Gebäude ist jetzt der CAP-Markt eingezogen. Anerkennung für diese „deutliche und nachhaltige Aufwertung des Wohnquartiers“ zollte auch Jürgen Garms, Geschäftsführer der Wohnstätten eG. Die Wohnungsbaugenossenschaft, die in Groden viele Wohnungen und Häuser vermietet, ist Eigentümerin des Gebäudes. Ein halbes Jahr lang hat sie es renovieren und für den CAP-Markt umbauen lassen.

„Für behinderte Menschen stellt CAP tatsächlich einen Lebens-Mittelpunkt dar. Aber nicht nur für sie, sondern auch für die Kunden und deren Familien sollen die CAP-Märkte durch ihre sehr persönliche Betreuung und das 'immer offene Ohr' ein Lebens-Mittelpunkt werden.“



Erfolgreiches Konzept: Die Internetseite der CAP-Märkte.

Pinonierarbeit für Opfer häuslicher Gewalt

Der Frauen-Notruf Göttingen hat das Pilotprojekt Phoenix für traumatisierte Kinder und Jugendliche begonnen

Pinonierarbeit hat der Frauen-Notruf Göttingen im August mit seinem Projekt Phoenix begonnen. Unter dem Dach des etablierten und erfolgreichen Vereins Frauen-Notruf wendet sich die Beratungs- und Präventionsstelle Phoenix an Kinder und Jugendliche, die von häuslicher Gewalt betroffen sind.

Etwa jedes fünfte Kind in Deutschland ist laut einer Studie von häuslicher Gewalt betroffen. Für diese Kinder ist häusliche Gewalt eine allgegenwärtige und bittere Realität. Sie erleben und erleiden diese mitunter über Jahre hinweg mit. Sie durchleben existenzielle Ängste, fühlen sich hilflos und schuldig, sind traumatisiert. Schwerwiegende Schädigungen der Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten der betroffenen Kinder und Jugendlichen sind die Folge. Betroffene Kinder und Jugendliche brauchen niedrigschwellige professionelle Hilfe, um das Erlebte verarbeiten, ihre Sprach- und Hilflosigkeit und Traumatisierung überwinden zu können und alternative Wege zu Ohnmacht und Gewalt kennenzulernen.

Trotzdem existiert ein vergleichbares Angebot wie Phoenix bislang lediglich in Mecklenburg-Vorpommern. Das Projekt hat daher Modellcharakter. Es ist zunächst als dreijähriges Pilotprojekt angelegt, zu einem großen Teil finanziert durch eine Förderung der Aktion Mensch. Auf Grundlage der Arbeit und Erfahrungen soll Phoenix da-

nach als dauerhaftes Angebot etabliert werden.

Im Einzelnen werden mit Phoenix folgende Ziele verfolgt:

- Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die durch das Miterleben häuslicher Gewalt traumatisiert sind

der Beratungsstelle über miterlebte oder selbst erlittene Gewalt zu sprechen. Sie sollen erfahren, dass sie mit ihren Erlebnissen nicht allein sind. Außer solcher ambulanten Hilfe bietet Phoenix Gewaltprävention an Schulen und Kindergärten an. Auch ist geplant, Fachkräfte aus der Jugendhilfe und



Spielerisch und therapeutisch: Die Beratungs- und Präventionsstelle Phoenix in Göttingen.

- Durchbrechen der transgenerationalen Weiterführung von Gewalt
- Vorbeugen häuslicher Gewalt und Minimierung der negativen Folgen
- Verbesserung der präventiven und interventiven Infrastruktur in Bezug auf Kinder und häusliche Gewalt

Spielerische und therapeutische Methoden kommen zum Einsatz, damit es den betroffenen Kindern und Jugendlichen leichter fällt, in

der Sozialen Arbeit weiterzubilden.

Für die künftige Finanzierung der Arbeit im Projekt Phoenix ist der Frauen-Notruf Göttingen dringend auf Spenden angewiesen. Kontakt gibt es unter Telefon 0551 4994556 oder per E-Mail an die Adresse phoenix@frauen-notruf-goettingen.de. Spenden lässt sich online unter www.frauen-notruf-goettingen.de oder auf das Konto 507236 bei der Sparkasse Göttingen, Bankleitzahl 26050001.

Bis zu 15 neue Arbeitsplätze

Neue Abteilung: Tischlerei auf dem SOS-Hof Bockum in Amelinghausen eröffnet

Der SOS-Hof Bockum hat eine neue Abteilung. Eine Tischlerei, die bisher in der alten Mühle in Bockum ihren Standort hatte, ist neuerdings Teil des SOS-Hofes. Manfred Persy, Leiter der Einrichtung, erläuterte in seiner Begrüßung anlässlich der offiziellen Eröffnung der Tischlerei, wie es zu dem Standortwechsel kam.

Das alte Gebäude in Bockum sei zwar sehr schön, erfordere aber häufig zeit- und kräftezehrende Transporte von Holz und Bauteilen treppauf und treppab, erklärte Persy. Das neue Gebäude biete wesentlich verbesserte Arbeitsbedingungen auf einer Ebene. Die An- und Auslieferung von Holz und Produkten sei durch eine Rampe im überdachten Bereich problemlos möglich. Weiterhin werden in dem neuen Gebäude sieben bis acht neue Arbeitsplätze eingerichtet, so dass zukünftig bis zu 15 behinderte Menschen hier ihren Arbeitsplatz finden. Das sei ein wesentlicher Grund für die Erweiterung, denn die Nachfrage nach Arbeitsplätzen für behinderte Menschen sei konstant groß, erläuterte Persy.

Helmut Völker, Samtgemeindebürgermeister von Amelinghausen, bekundete seine Unterstützung für den Tischlerei-Umzug: „Wir freuen uns sehr, dass Sie heute die neue Abteilung Tischlerei hier eröffnen. Die beispielhafte Einrichtung dieser Werkstatt für behinderte Menschen trägt mit ihren 15 Arbeitsplätzen dazu bei, behinder-



Wesentlich bessere Arbeitsbedingungen: Die neue Abteilung Tischlerei des SOS-Hofes Bockum. Die ebenerdige Werkstatt bietet außerdem mehr Arbeitsplätze als zuvor.

te Menschen aus der näheren Umgebung zu fördern, ihr Leben weitgehend selbständig zu gestalten. Fünfzehn Menschen bekommen die Möglichkeit, sich und ihrer Umwelt zu beweisen, dass ihnen die Behinderung weder den Willen noch die Bereitschaft genommen hat, selbstverantwortliche und eigenständige Leistungen zu erbringen.“

Der Standort im Gewerbegebiet „Täckenfeld“ ist ein Beitrag des SOS-Hofs Bockum zur Integration von behinderten Menschen in die Arbeitswelt. Sie haben ihren Arbeitsplatz in direkter Nachbarschaft von vielen anderen berufstätigen Menschen in anderen Betrieben. Kommunikation und Begegnung in vielfältiger Form wird dadurch erleichtert. Außerdem schafft die Nähe zur nächsten Bushaltestelle die Möglichkeit, dass behinderte Men-

schen aus der Umgebung mit öffentlichen Verkehrsmitteln selbständig ihren Arbeitsplatz erreichen können.

Neben Vertretern aus Politik und Verwaltung, anderen Einrichtungen, den beteiligten Baufirmen und Menschen aus der Nachbarschaft war auch Harald Lock, der Station Manager von FedEx Hamburg, anwesend. Er überreichte symbolisch einen Präzisionswinkel, stellvertretend für die 90.000 Euro, die das Unternehmen für den Bau der neuen Tischlerei bereits gespendet hat. Lock betonte, dass zumindest die Mitarbeiter von seinem Standort sehr daran interessiert seien, den SOS-Hof Bockum auch zukünftig, nicht nur finanziell, zu unterstützen. □

*Manfred Persy
Leiter SOS-Hof Bockum*



Freude über die
Zertifizierung (v.l.):
Geschäftsführer
Martin Kupper,
Schulleiterin Malica
Belbouab, Sekretärin
Susanne Thiele und
der stellvertretende
Schulleiter
Peter Albrecht.

Bestätigung für 17 Jahre Arbeit

Berufsbildende Schule des Albert-Schweitzer-Familienwerks zertifiziert

Überraschung vom Chef: Als der Geschäftsführer des Albert-Schweitzer-Familienwerks, Martin Kupper, mit einem Blumenstrauß im Lehrerzimmer der Berufsbildenden Schulen stand, war die Freude groß. Mitgebracht hatte er die Zertifizierungs-Urkunde, die im ersten Schulhalbjahr beantragt und am 30. Juli genehmigt wurde. „Der enorme Einsatz der Kolle-

ginnen und Kollegen und insbesondere der Schulleiterin Malica Belbouab hat sich gelohnt“, freute sich Kupper, denn ein solches Zertifizierungsverfahren zur Feststellung der Qualität ist mit einem enormen Arbeitsaufwand verbunden. Zertifiziert wurde die Schule durch die von der Bundesagentur für Arbeit anerkannte Fachkundige Stelle „CertEuropa“ GmbH,

deren Qualitätsanforderungen von der BBS erfüllt und teilweise sogar übertroffen wurden. Schulleiterin Malica Belbouab: „Das ist eine Bestätigung unserer seit nunmehr über 17 Jahren erfolgreichen Arbeit, die sich insbesondere durch die enge Zusammenarbeit mit den Praxiseinrichtungen auszeichnet.“ Die Zertifizierung erfolgte für alle an der Schule angebotenen Ausbildungsgänge in der Alten- und Heilerziehungspflege sowie der Pflegeassistenz. □

CertEuropa

Wer in der beruflichen Weiterbildung im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit Maßnahmen im Rahmen des Sozialgesetzbuches (SGB) und AZWV durchführt, muss sich der eingehenden Prüfung der CertEuropa GmbH unterziehen. Die CertEuropa GmbH ist eine externe und akkreditierte Fachkundige Stelle, die Zertifikate nach dem Anerkennungs- und Zulassungsverordnung ausstellt. Mit dem Zertifikat wird bestätigt, dass das System der Berufsbildenden Schule des Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V. den Vorgaben zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung nach SGB III und AZWV entspricht.

Hinweis: Im neuen Schuljahr sind noch einzelne Plätze frei. Weitere Informationen unter Telefon 05571 9243-131 oder unter www.familienwerk.de im Internet.

Jörg Grabowsky
Pressesprecher
Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V.



Lernen für den Ernstfall: Teilnehmer üben im Rahmen der Brandschutzhelferausbildung die Bedienung von Feuerlöschern.

Feuer und Flamme

Berufsfeuerwehr Wolfsburg bildet Mitarbeiter und Beschäftigte der Lebenshilfe zu Brandschutz Helfern aus

Bundesweit erstmalig nahmen Anfang September Mitarbeiter und Beschäftigte eines Werkstattzentrums der Lebenshilfe an einer gemeinsamen Brandschutzhelfer-Schulung teil. Vierzehn Betreute sowie zehn Mitarbeiter des Werkstattzentrums in Westhagen wurden von der Berufsfeuerwehr Wolfsburg zu Brandschutz- und Evakuierungshelfern ausgebildet. Stephan Peukert, bei der Berufsfeuerwehr für den vorbeugenden Brandschutz zuständig, schulte die Teilnehmer der Lebenshilfe Wolfsburg in Sachen Brandbekämpfung und Evakuierung.

Beschäftigten und Mitarbeitern der Lebenshilfe Wolfsburg wurden im Laufe der Schulung unterschiedliche Verbrennungsvorgänge sowie deren Gefährdungspotential erklärt. Darüber hinaus betonte Stephan Peukert die Bedeutung des betrieblichen Brandschutzes. Den Teilnehmern wurden die Aufga-

ben eines Brandschutz Helfers erläutert. Peukert stellte die brandschutztechnischen Einrichtungen des Werkstattzentrums sowie die Handhabung von Kleinlöschgeräten vor. Schließlich legte der Brandschutzexperte das richtige Verhalten bei Evakuierung im Brand- oder Gefahrenfall dar.



Teilnehmer der Brandschutzhelfer-Schulung.

Im Anschluss an den theoretischen Teil der Schulung folgte eine Begutachtung des gesamten Werkstattzentrums mit Begutachtung und Handhabung der dort vorhandenen Brandschutztechnik. Der praktische Teil der Übung fand in Fallersleben am Mittellandkanal statt. Dort konnte jeder Teilnehmer die Wirkung unterschiedlich gefüllter Feuerlöcher an diversen Feuern ausprobieren. Am Nachmittag wurden von der Feuerwehr die Brandschutzhelfer-Urkunden übergeben.

In der Vergangenheit wurden bereits Sicherheitsbeauftragte und Ersthelfer nach einem ähnlichen Konzept qualifiziert. Diese bringen sich, gerade von Seiten der Beschäftigten, außerordentlich in den Betriebsalltag ein. □

Detlef Vahldiek
Werkstattleitung
Lebenshilfe Wolfsburg

Wir denken weiter.

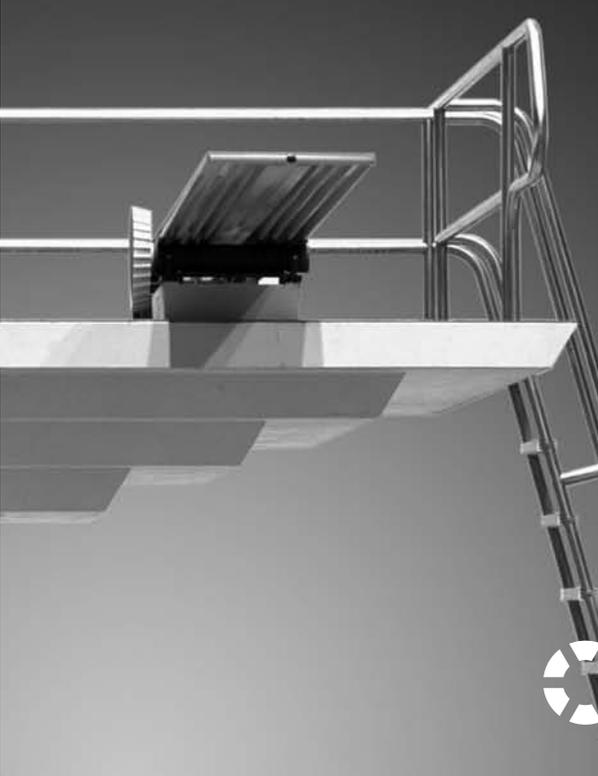
Zum Beispiel beim Fundraising.

Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto. Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Geschäftsstelle Hannover
Podbielskistraße 166
Telefon 05 11.3 40 23-0
bfshannover@sozialbank.de

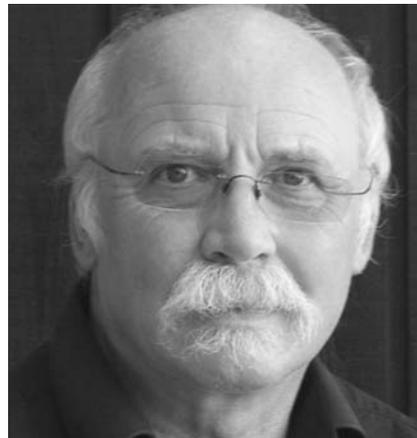


Bank
für Sozialwirtschaft

Perfekt dokumentiert

EDV-gestützte Dokumentation in der sozialpsychiatrischen Betreuung

Das elektronische Klienten-Informations- und Dokumentations-System Monitor PS unterstützt seit 2008 die Rehabilitationseinrichtung für psychisch kranke und behinderte Menschen Balance e.V. in Garbsen. Ein Interview mit Andreas Warlich, Sozialpädagoge und Betriebswirt und seit 1993 Geschäftsführer von Balance, zu den Erfahrungen mit dem Dokumentationssystem.



Andreas Warlich.

Im Jahr 2008 haben Sie und Ihre Mitarbeiter entschieden, das Dokumentationssystem Monitor PS in Ihrer Einrichtung einzuführen. Was waren die Gründe dafür?

„Wir arbeiten schon seit 1999 mit einer Datenbank zur Teildokumentation. Unsere Einrichtungen sind gewachsen und die Anforderungen werden immer höher,

so dass wir uns entschlossen, unsere Tagesstätten und das Ambulant Betreute Wohnen zu vernetzen. Dazu brauchten wir ein Dokumentationssystem, das leistungsfähiger ist, als unsere bisherige Datenbank. Bei diesen Überlegungen erhielten wir ein Werbeschreiben von e!Doc Systems.

So wurden wir auf Monitor PS aufmerksam.“

Was hat Ihnen an Monitor PS besonders gut gefallen?

„Bei der ersten Präsentation fiel der klare modulare Aufbau des Dokumentationssystems sofort ins Auge, und auch der Leistungsumfang wurde deutlich. Die vielfältigen Möglichkeiten an Auswertungen bieten eine hervorragende Übersicht über die jeweilige Belegungs- und Abrechnungssituation und sind ein wesentliches Hilfsmittel für betriebswirtschaftliche Entscheidungen.“

Monitor PS wird von mehreren Mitarbeitern genutzt. Wie verliefen die Installation und die Einweisung der Mitarbeiter?

„Die Installation von Monitor PS setzt einige Systembedingungen voraus. Insgesamt waren die Änderungen ohnehin nötig und hielten sich in erträglichen finanziellen Grenzen. Die eigentliche Installation verlief dann problemlos. Die erste Mitarbeiterweisung wurde von e!Doc Systems durchgeführt und gab einen ersten Eindruck von der Leistungsfähigkeit des Programms.“

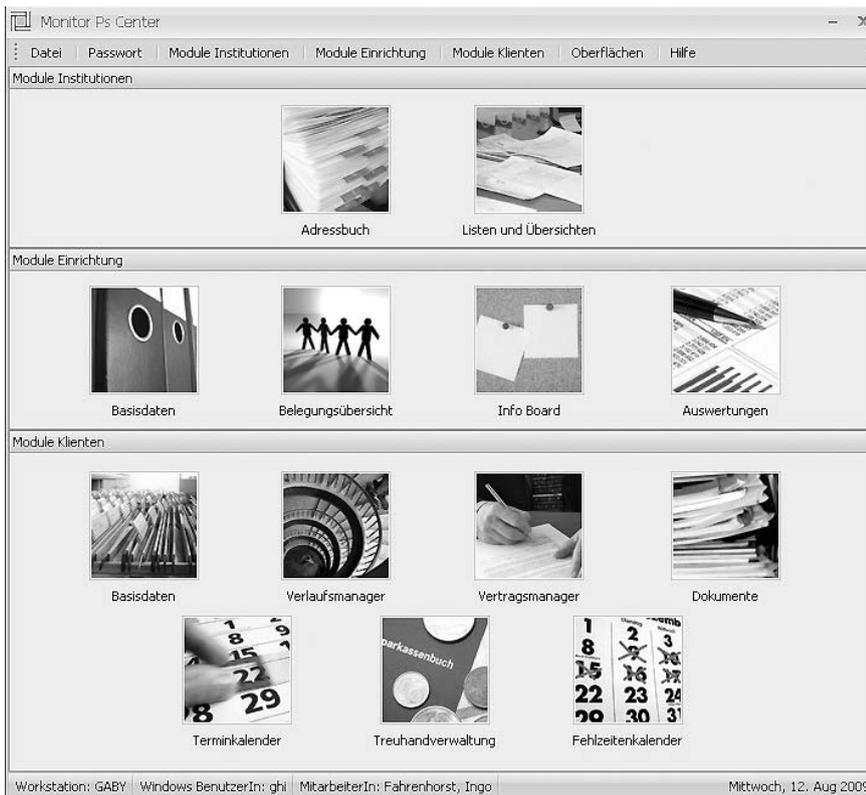
Der Balance-Verbund verfügt über mehrere Einrichtungen an unterschiedlichen Standorten, die zum Teil an Monitor PS angebunden wurden. Wie verlief die Anbindung der einzelnen Standorte?

„Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den verschiedenen Standorten steht seitdem der gesamte Informations- und Datenbestand zur Verfügung, den sie für ihre tägliche Arbeit brauchen, auch wenn

Balance e.V.

„Balance“ wurde 1989 als „Verein zur Förderung einer Tagesstätte für psychisch Kranke“ von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SpD) in Neustadt/Rbge gegründet. Ziel war, eine Anlaufstelle und einen Treffpunkt für Menschen zu schaffen, die durch den SpD betreut wurden. Mit dem „Café Balance“ konnte diese Idee 1990 realisiert werden. Seit 1993 erlangt das Café Balance den Status einer Tagesstätte für psychisch Kranke mit einer Kontaktstelle und einer von den Krankenkassen anerkannten Praxis für Ergotherapie. Seit der Gründung des Vereins hat Balance sein therapeutisches Angebot kontinuierlich erweitert und weiterentwickelt. Heute verfügt Balance e.V. über drei Tagesstätten und Kontaktstellen mit jeweils 22 Plätzen in und um Garbsen und Hannover. Das Angebot wird ergänzt durch die Praxen für Ergo- und Physiotherapie der 2001 gegründeten „Balance Therapie GmbH“ sowie durch die ambulanten Angebote „Betreutes Einzelwohnen“ und „Ambulantes Einzelwohnen-Plus“ für Menschen mit psychischer Erkrankung und zusätzlicher Suchterkrankung. Träger der ambulanten Maßnahmen ist die „Balance Wohnen gGmbH“.

Nähere Informationen unter: www.balance-ev.com.



Startseite des Monitor PS Center.

noch nicht alle Funktionen voll umfänglich genutzt werden, so zum Beispiel die Möglichkeiten der Terminplanung und -verwaltung, ebenso wie die Hilfeplanerstellung. Dazu muss gesagt werden, dass wir ein Programm wie Monitor PS nicht auf einen Schlag in vollem Umfang nutzen können, es braucht etwas Zeit, mit all den Möglichkeiten sinnvoll umzugehen.“

Wie würden Sie das Preis-Leistungsverhältnis von Monitor PS beurteilen?

„Sehr gut.“

Wird das Programm von Ihren Mitarbeitern akzeptiert?

„Beim größten Teil unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gab es kaum Probleme mit der Akzeptanz der neuen Software, eher herrschte gespannte Erwartung.“

Und wie kommen Sie mit dem System zurecht?

„Das ist eine Frage der Mitarbeiterschulung und Information. Die Komplexität des Programms erfordert ein schrittweises Vorgehen.“

Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit e!Doc Systems?

„Als ausgesprochen erfreulich. Unsere Wünsche und Anregungen wurden gerne aufgenommen, geprüft und was möglich und für das Programm sinnvoll war, in Monitor PS umgesetzt. Die aktualisierte Version kann man dann von der e!Doc Systems-Webseite herunterladen, installieren – fertig.“

Wie fällt nach etwas mehr als einem Jahr Ihre Bilanz aus?

„Auf jeden Fall war die Entscheidung für die Software richtig. Das Programm erfüllt unsere Erwartungen, und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zufrieden.“ □

Das Interview führte Gabriele Hiller

Monitor PS

Monitor PS ist ein elektronisches Klienten-Informations- und Dokumentations-System, das den Betreuungsprozess in allen Bereichen einer sozialtherapeutischen Einrichtung unterstützt. Es hilft bei der Arbeit mit den Klienten, von der Anmeldung über den gesamten Betreuungszeitraum hinweg. Die Software verringert nach Angaben des Herstellers schriftliche Routinearbeiten, liefert betriebswirtschaftliche Kennzahlen für Controlling und weitere Planungen und ermöglicht die schnelle Recherche von Informationen für die Dokumentation des Betreuungsverlaufs sowie den Nachweis erbrachter Leistungen für die Kostenträger.

e!Doc Systems

e!Doc Systems ist ein Softwareunternehmen, das sich nach eigenen Angaben mit seinen Produkten auf den Markt der sozialen Dienstleistungen innerhalb des Gesundheitssystems konzentriert. Getreu dem Leitgedanken „Aus der Praxis – für die Praxis“ entwickelt e!Doc Systems demzufolge anwenderfreundliche und praxisnahe Dokumentationssysteme für Betreuungs- und Rehabilitationseinrichtungen in der Sozialpsychiatrie. Die Softwaresysteme sollen den Betreuungsprozess in allen Bereichen unterstützen.

Mehr Informationen über Monitor PS und e!Doc Systems im Internet unter www.edoc-systems.de.



Der Vorstandsvorsitzende Wolf Paschen und die Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit, Dana Beecken, präsentierten auf der Jahreshauptversammlung den neuen Internetauftritt des Betreuungsvereins.

Eine gute Adresse

Neuer Internetauftritt zeigt Leistungsspektrum des Betreuungsvereins Lüneburg

Was ist überhaupt eine gesetzliche Betreuung? Wer kann Betreuer werden? Und wobei unterstützt der Betreuungsverein? Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt es seit neuestem unter der Internetadresse www.betreuungsverein-lueneburg.de. Auf den Seiten präsentiert sich der Betreuungsverein Lüneburg e.V. und stellt seine gesetzlichen Aufgaben vor. Neben Ansprechpartnern und Fortbildungsangeboten des Vereins umfasst das Onlineangebot rechtlichen Hintergründen und Hinweise auf Möglichkeiten, sich ehrenamtlich in diesem Bereich zu engagieren.

„Wir wollen, dass der Betreuungssektor, der eine wichtige Arbeit für Menschen leistet, die ihr eigenes Leben nicht mehr selbst in die Hand nehmen können, so stärker wahrgenommen wird, zum Beispiel auch, um ehrenamtliche Betreuer zu gewinnen“, sagte der Vereinsvorsitzende Wolf Paschen bei der Vorstellung des neuen Internetauftritts.

Außerdem gehe es auch um Transparenz, da der Verein aus öffentlichen Mitteln bezuschusst werde. „Nicht zuletzt soll dieses aktuelle Instrument der Öffentlichkeits-

arbeit zeigen, wie wir öffentliche Gelder verwenden“, so Paschen. Entwickelt wurde das Internet-Projekt von einem Team aus Mitarbeiterinnen und dem Vorsitzenden. Sie konzipierten die Texte und die didaktische Logik der Seite – die Winsener Agentur A&O Fischer war für die technische und grafische Umsetzung verantwortlich. Die Finanzierung dieses Projektes wurde auch vom Paritätischen Wohlfahrtsverband unterstützt. □

Dana Beecken
Dipl.-Sozialarbeiterin/
Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Brigitta „Gitta“ Helbling gestorben

Maßgeblicher Anteil am Aufbau des Sozialzentrums in Göttingen

Brigitta „Gitta“ Helbling ist am 28. August 2009 im Alter von 67 Jahren verstorben. Gitta Helbling war über 15 Jahre Stellvertretende Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Göttingen. Sie war über all die Jahre dem Verband, seinen Sozialen Diensten und ihren Kolleginnen und Kollegen eng verbunden. Gitta Helbling hat sich stets selbstlos für die Menschen eingesetzt, die Pflege und Betreuung bedurften.

Gitta Helbling war bis 2005 maßgeblich am Aufbau und an der Konsolidierung neuer ambulanter Dienste im Alten- und Krankenpflegebereich im neuen Göttinger Sozialzentrum beteiligt. Bei den Vorarbeiten für dessen

Gründung war sie die treibende Kraft für alle Fragen, die die Verwaltung betrafen. Ihr oblag die Personal- und Finanzverwaltung dieser neuen Form der Kooperation des Dachverbandes, seiner Mitgliedsorganisationen und der eigenen Dienste. Vorhandene und weitere Dienste wie Essen auf Rädern und die Ergotherapie kamen hinzu, so dass sie schließlich als Stellvertretende Geschäftsführerin berufen wurde und als „Chefin des Innendienstes“ so erste Ansprechpartnerin für bis zu 80 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie die Zivildienstleistenden war. Gitta Helbling hat einen entscheidenden Anteil am guten Image des Sozialzentrums sowie an einem sozialpolitisch



Gitta Helbling

stark engagierten Paritätischen Göttingen. Gitta Helbling wird allen, die sie gekannt haben, stets als geschätztes Vorbild in Erinnerung bleiben.

Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Mitgliedsorganisationen, des Landesverbandes und in Kreisgruppen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Ehrenzeichen des Verbandes

- Monika Amelung, Paritätischer Hameln
- Käthe Gajewsky, Lebensabend-Bewegung, Landesverband Niedersachsen e.V.
- Dr. Hermann Niederhut, Kreisverbandsbeiratsvorsitzender Hameln

Urkunde

- Helga Borns, Paritätischer Landesverband
- Herbert Iwaszkiewicz, Lebenshilfe Nienburg
- Wolfgang Klose, Paritätischer Lüneburg
- Christine Lange, Paritätischer Aurich-Norden
- Monika Mass-Spange, Paritätischer Nienburg
- Rosa Schander, Paritätischer Nienburg
- Lefkothea Siamou, Paritätischer Landesverband
- Svetlana Sotiroska, Paritätischer Landesverband
- Paul-Walter Steffens, Paritätischer Uelzen

Mit der Glückspilz-Lotterie gewinnen und helfen

Jetzt Lose ordern und Geld verdienen

Es gibt viele Möglichkeiten, einen Glückspilz zu küren. Bei Sommer- oder Weihnachtsfesten, Basaren, Jubiläen, Einweihungen. Dort, wo ein Gast ein Los kauft, ist auch das Interesse der anderen Anwesenden geweckt. Schnell wird ein Vielfaches an weiteren Losen verkauft. Und das alles für einen guten Zweck. Denn ein Teil des Erlöses kommt direkt den verkaufenden Einrichtungen zugute. Damit las-

sen sich kleinere Anschaffungen wie ein Sandkasten, Handys für die mobile Seniorenbetreuung oder einfach neue Büromittel finanzieren.

Die Teilnahme an der bis Ende des Jahres laufenden Lotterie ist für Einrichtungen des Paritätischen völlig risikolos, denn nur tatsächlich verkaufte Lose werden abgerechnet, überzählige können zu-

rückgeschickt werden. Und es gibt nur Glückspilze: Selbst bei Losen, die keinen Gewinn ausschütten, gewinnt auf alle Fälle die Wohlfahrtspflege. Eine gute Sache für das Soziale in Deutschland! □

Mehr Informationen

Paritätischer Niedersachsen

Ernst Spieß

Tel. 0511 52486-398

E-Mail: ernst.spieess@paritaetischer.de

LOTTERIE GLÜCKSPILZ

in Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen



Hauptgewinne

je Serie
2 x 500,- €

Lospreis 0,50 Euro

Lotterie für die Freie Wohlfahrtspflege



Fricke folgt auf Riedel

AK Sprachheilarbeit

Ingeborg Riedel beendet nach 15 Jahren ihre Tätigkeit als Sprecherin des AK Sprachheilarbeit im Paritätischen. Sie hat sich in dieser Zeit engagiert und mit viel Sachkompetenz für die Sprachheilarbeit im Paritätischen eingesetzt. Ingeborg Riedel war an allen entscheidenden Entwicklungen auf der Landesebene beteiligt. Zu nennen ist hierbei unter anderem die „Vereinbarung über die heilpädagogische Förderung und die medizinische Therapien in Sprachheilgärten“, die sie maßgeblich als Verhandlungsführerin des Paritätischen ausgehandelt hat. Als neue Sprecherin wurde **Irmgard Fricke** gewählt. Sie ist bei der Lebenshilfe Hameln Bereichsleiterin „Entwicklung und Bildung“ und Leiterin des Spracheilkindergartens. Darüber hinaus ist sie Vorstandsmitglied bei der Deutschen Gesellschaft für Sprachheilpädagogik (DGS).

Urlaub verfällt nicht

Urteil: Anspruch auf Mindesturlaub bleibt bei krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit bestehen

Das Bundesarbeitsgericht hat in einem Grundsatzurteil vom 24. März 2009, Aktenzeichen: 9AZR983/07, Folgendes entschieden: Das Bundesarbeitsgericht hat seine bisherige Rechtsprechung aufgegeben, dass der Urlaubsabgeltungsanspruch in Auslegung von § 7 Abs. 3 und 4. Bundesurlaubsgesetz erlischt, wenn der Urlaubsanspruch aufgrund der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers bis zum Ende des Übertragungszeitraums nicht erfüllt werden kann.

Grund für die Wende der Rechtsprechung ist eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 20. Januar 2009 (C-350/06 und

C-520/06), in der festgestellt wurde, dass Artikel 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG einzelstaatlichen Rechtsvorschriften entgegensteht, nach denen Arbeitnehmern, die wegen Krankheit den Jahresurlaub nicht in Anspruch nehmen können, am Ende des Arbeitsverhältnisses keine „finanzielle Vergütung“ gezahlt wird. Der Europäische Gerichtshof hat festgestellt, dass nationale Rechtsvorschriften diese Ansprüche nicht untergehen lassen dürfen.

In der Urteilsbegründung hat das Bundesarbeitsgericht klargestellt, dass es sich dabei um die gesetzlichen Mindesturlaubsansprüche gem. § 3 Bundesurlaubsgesetz han-

delt. Arbeitsvertraglich oder tariflich vereinbarte Urlaubsansprüche, die über den gesetzlichen Mindesturlaub hinausgehen, sind davon nicht erfasst.

Das bedeutet, dass der gesetzliche Mindesturlaub gem. § 3 Bundesurlaubsgesetz von 24 Werktagen bei der Sechs-Tagewoche und 20 Werktagen bei der Fünf-Tagewoche im Falle der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit nicht untergeht. Eine Verjährung der Ansprüche dürfte nach der regelmäßigen Verjährungsfrist des § 195 BGB nach drei Jahren eintreten. □

*Birgit Eckhardt
Abteilungsleiterin
Betriebswirtschaft/Recht*




 paritätisches
JUGENDwerk

Wir sind am Start >>
 >> mit Infos, Projekten, Aktionen


 kraftvoll


 lautstark


 dynamisch

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Kommißstraße 5 · 38300 Wolfenbüttel · Tel: (05331) 92 00 -0 · Fax: (05331) 92 00 79

www.pjw-nds.de

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschafts-Planung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 0511 52486-367

Sven Dickfeld (Erziehungshilfe)

Tel. 0511 52486-387

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 0511 52486-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 0511 52486-373

Reiner Imwiehe

Tel. 0511 52486-359

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Birgit Eckhardt (Fundraising)

Tel. 0511 52486-376

Adelheid Dähne (Fundraising)

Tel. 0511 52486-347

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 0511 52486-378

Christiane Häberle

Tel. 0511 52486-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 0511 52486-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Marc Algermissen

Tel. 0511 52486-375

Kfz

Ulrich Preisberger (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-348

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Udo Mex

Tel. 0511 52486-357

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Schalinski

Tel. 0511 52486-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 0511 52486-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 0511 52486-348

Seminare

Interne und externe Schulungen

Nadine Heise

Tel. 0511 52486-384

Fachbereiche des Paritätischen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
Paritätischer Wolfsburg
Saarstr. 10 a
38440 Wolfsburg
Tel. 05361 2950-15
Fax 05361 2950-21
E-Mail christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

Ausländerfragen

Dieter Nagel
Paritätischer Goslar
Von-Garßen-Str. 6
38640 Goslar
Tel. 05321 21011
Fax 05321 18229
E-Mail dieter.nagel@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Erwin Drefs
Lebenshilfe Delmenhorst und Umgebung e.V.
Bismarckstr. 21
27749 Delmenhorst
Tel. 04221 1525-0
Fax 04221 1525-15
E-Mail erwindrefs.fb@lebenshilfe-delmenhorst.de

Bildung

Steffi Becker
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-383
Fax 0511 52486-332
E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-367
Fax 0511 52486-332
E-Mail eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Elementarerbziehung

Klaus-Dieter Fortmeyer
Paritätischer Cuxhaven
Kirchenpauerstr. 1
27472 Cuxhaven
Tel. 04721 5793-12
Fax 04721 5793-50
E-Mail klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Sven Dickfeld
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52 486-387
Fax 0511 52 486-332
E-Mail sven.dickfeld@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
Paritätischer Helmstedt
Schuhstr. 1
38350 Helmstedt
Tel. 05351 54191-4
Fax 05351 54191-66
E-Mail andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
Paritätischer Wolfenbüttel
Kommießtr. 5
38300 Wolfenbüttel
Tel. 05331 9200-40
Fax 05331 9200-79
E-Mail karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Sebastian Böstel
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-350
Fax 0511 52486-333
E-Mail sebastian.boestel@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-376
Fax 0511 52486-332
E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
Verein für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit im sozialen Bereich e.V.
Marienbruchstr. 61/63
38226 Salzgitter
Tel. 05341 8467-21
Fax 05341 8467-23
E-Mail k.balon@depolsozial.de

Pflege

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-370
Fax 0511 52486-333
E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Steffi Becker
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-383
Fax 0511 52486-332
E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-370
Fax 0511 52486-333
E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
Paritätischer Nienburg
Wilhelmstr. 15
31582 Nienburg
Tel. 05021 9745-17
Fax 05021 9745-11
E-Mail bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Paul-Walter Steffens
Paritätischer Uelzen
St.-Viti-Str. 22
29525 Uelzen
Tel. 0581 9707-12
Fax 0581 9707-20
E-Mail paul-waltersteffens@paritaetischer.de

Überregionale Mitgliedsorganisationen

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-376
Fax 0511 52486-332
E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen

Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen e.V.
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
 Paritätischer Niedersachsen e.V.
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-395
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Tanja Bremer
 Paritätischer Peine
 Stadtteil-Büro Telgte
 Hannoversche Heerstraße 23
 31228 Peine
 Tel. 05171 582777
 Fax 05171 292570
 E-Mail tanja.bremer@paritaetischer.de

Kontakt- u. Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen

Marina Nowotschyn
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstraße 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 05361 2950-50
 Fax 05361 2950-21
 E-Mail
marina.nowotschyn@paritaetischer.de

Migration

Steffi Becker
 Paritätischer Niedersachsen e.V.
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstr. 15
 31582 Nienburg
 Tel. 05021 9745-15
 Fax 05021 9745-11
 E-Mail wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
 Lebenshilfe Hameln e.V.
 Sprachheilkindergarten
 Burgstr. 4
 31855 Aerzen
 Tel. 05154 3805
 Fax 05154 7090008
 E-Mail irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de

Straffälligenhilfe

Steffi Becker
 Paritätischer Niedersachsen e.V.
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Anzeige **SOZIALVERBAND**
VdK Interessenverband der Behinderten,
 Rentner und Sozialversicherten
 NIEDERSACHSEN-BREMEN

Rat
 Hilfe
 Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten:
 Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung,
 Arbeitslosenversicherung, Behindertenrecht, Sozialhilferecht, Soziales Entschädigungsrecht

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V., Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
 Telefon: 0441 - 21029-0, Telefax: 0441 - 2102910, eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de
 Internet: www.vdk.de/niedersachsen-bremen
 - Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen -

Mitglieder des Verbandsrats

(Wahlperiode 2008 bis 2012)

Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

Horst Hüther (2010, 2012)

Vor den Rotten 10
38304 Wolfenbüttel
Tel. 05341 27757 (privat)
Tel. 05331 937-215 (dienstlich)
Tel. 03904 669912 (dienstlich)
Tel. 0173 2311705 (mobil)
Fax 03904 6699-37 (dienstlich)
Fax 05331 937237 (dienstlich)
E-Mail h.huether@
lebenshilfe-he-wf-ggmbh.de

Ulla Klapproth (2009, 2011)

Im Siek 10
37191 Gillersheim
Tel. 05556 1566 (werktags)
Fax 05556 5078
E-Mail ulla.klapproth@paritaetischer.de

Brigitte Blümel

Herzlaker Str. 53
30539 Hannover
Tel. 0511 5389437

Klaus Dickneite

Ostergrube 2
30559 Hannover
Tel. 0511 514951
Fax 0511 514951
E-Mail kdickneite@t-online.de

Andreas Engel

Brandenburger Str. 15c
26209 Hatten
Tel. 04221 50151
Fax 04221 52251
E-Mail jugendhilfezentrum@ewetel.net

Kirsten Gehrman

Gustav-Heinemann-Str. 2c
28215 Bremen
Tel. 04221 29838-74
Fax 04221 29838-91
E-Mail kirsten.gehrmann@ewetel.net

Bernd Göddertz

Luisenstr. 9
31141 Hildesheim
Tel. 05121 32005 (privat)
Tel. 05121 2066147 (dienstlich)
Fax 05121 2066145 (dienstlich)

Brita Ise Hellmann

Rotekreuzstraße 7
30627 Hannover
Tel. 0511 562756
Tel. 0177 2842615 (mobil)
Fax 0511 562756
E-Mail b.i.hellmann@t-online.de

Anneliese König

Südweg 8a
26135 Oldenburg
Tel. 0441 201317
Fax 0441 2049115
E-Mail anneliese-koenig@t-online.de

Monika Lehmann

Glünderstr. 2
30167 Hannover
Tel. 0511 702152 (privat)

Jutta Lorentzen

Asternweg 10
29225 Celle
Tel. 05141 47097
Fax 05141 9937127
E-Mail jutta.lorentzen@gmx.de

Dr. Herrmann Niederhut

Quellenweg 1
31787 Hameln
Tel. 05151 57170
Fax 05151 571766
E-Mail niederhut@t-online.de

Dorothea Pitschnau-Michel

c/o Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Bundesverband e.V.
Küsterstr. 8
30519 Hannover
Tel. 0511 9683414
Fax 0511 9683450
E-Mail dmsg@dmsg.de

Berlind Rosenthal-Zehe

Studentenwerk Göttingen
PF 3851
37028 Göttingen
Tel. 05546 1379 (privat)
Tel. 0551 395143 (dienstlich)
Fax 0511 395170 (dienstlich)
E-Mail berlind.rosenthal-zehe@
studentenwerk-goettingen.de

Dietmar Schlüter

Bergweg 8
38527 Meine
Tel. 05304 3977
Fax 05304 5290
E-Mail 053043977-0001@t-online.de

Johannes Schmidt

Bahnhofsstr. 14
21745 Hemmoor
Tel. 04771 643495 (privat)
Tel. 0171 2137528 (mobil)
Fax 04771 643434
E-Mail neusicht@aol.com

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Cornelia Rundt (Vorstand)
Sebastian Böstel (Vorstand)

Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-0
Fax 0511 52486-333
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

Ehrenvorsitzende

Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.
Haus A I, App. 107
Bevenser Weg 10
30625 Hannover
Tel. 0511 54042107

Wolfgang Neubelt

GDA-Wohnstift
Haus 3, App. 3207
Osterfelddamm 12
30627 Hannover
Tel. 0511 5705437
E-Mail wneubelt@hotmail.de

Kurt Spannig

Psychiatrische Klinik Uelzen
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 0581 3895-301
Fax 0581 3895-309
E-Mail info@pk-uelzen.de

Thomas Tugendheim

Mozartstr. 3
31162 Bad Salzdetfurth
Tel. 05064 96723 (privat)
Tel. 05121 31210 (dienstlich)
Fax 05064 96724 (privat)
Fax 05121 32876 (dienstlich)
E-Mail tugendheim@gmx.de